



Wochenschrift für die gesamte Ostmark

Herausgegeben von E. Ginschel u. Dr. Franz Lütke in Berlin. Verlag Deutscher Ostbund E. V., Wn.-Charlottenburg.

Erscheint wöchentlich, einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährlich 1.50 Mk. Einzelnummer 20 Pf. u. 5 Pf. Postgebühr. Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der Einzelzeile 30 Pf. bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pf. bei Anz. im Anschluss an den Text auf Zeitbreite 1.20 Mk.

Nr. 48.

Berlin, 14. November 1930.

11. Jahrg.

mod. dist. Flugb. eing. 15. NOV. 1930

Fortsetzung der Aussprache über die Abänderung der Friedensdiktate.

Die Not als Lehrmeisterin.

Wenn sich heute im Auslande allmählich die Erkenntnis durchsetzt, daß die Verfallenen Weltgeheimnisse nicht gelockert werden müssen, dann hat das mit einem „Erwachen des Weltgeistes“ vorerst gar nichts zu tun. Nicht Kriege, Missetat, Gesellschaftsruin oder Notwendigkeit sind es, die dem Kreislauf der Ereignisse Eingang ins politische Denken der anderen verschaffen, sondern die einfache Erkenntnis, daß die fehlerhaften Ausprägungen Deutschlands wirtschaftliche und politische Gefahren mit sich bringt, die auch die Siegerstaaten des Weltkrieges in den unermesslichen Zusammenbruch rufen. Die Völker, die ihre Milliarden in Deutschland investiert haben, fürchten den Bankrott ihres Schuldners — denn es geht um ihr Geld. Die Staaten, die Deutschland mit Rohstoffen und Lebensmitteln beliefern, haben unter dessen Verarmung zu leiden. Die Nationen, die selbst durch die Pariser Diktate bedrückt oder benachteiligt sind, hoffen, daß ein erkranktes Deutschland bereit sein wird, ihnen zu helfen. Wenn Deutschland die Tribute zahlen soll, die ihm im Youngplan auferlegt sind, dann muß es seine Ausfuhr um mindestens 20 v. H. erhöhen — was nur auf Kosten Englands, der Vereinigten Staaten und anderer Länder möglich ist; es sei denn, daß Deutschland seine Tribute größtenteils mit den Krediten bezahlt, die es wieder bei den Tributgläubigern aufnehmen muß, so daß es in eine immer tiefer, immer hoffnungsloser Verschuldung gerät. „Man verzagt leider“, hat der ehemalige französische Ministerpräsident Callaux lobend gesagt, „daß die Kriegskredite die Wirtschaft derjenigen Länder, die sie erhalten, am ehesten und ebenso stark schädigen wie die Wirtschaft der anderen Länder, die sie zahlen müssen. Zahlungen von Nation zu Nation, die nicht dem normalen Strom des Austauschens entsprechen, müssen überall Unordnung und Verwirrung stiften. . . . Wann wird endlich diese Wahrheit begriffen? Wann vor allem werden die Amerikaner verstehen, daß es ebenso gefährlich ist, die Tributbedingungen einzukassieren, wie zu verfallen, nur zu verkaufen, nicht aber zu kaufen oder das Wirtschaftsleben zum grünen Esch zu organisieren?“

Was Callaux da sagt, ist gewiß keine neue Weisheit; das haben der Engländer Keynes, der Schwede Cassel und viele andere Nationalökonomiker der verschiedensten Länder schon vor 10 Jahren gesagt. Darüber ist sich die Wirtschaftswissenschaftler längst einig geworden, daß es ein wirtschaftlicher Unsinn ist, aus einem Lande ohne Waren Austausch, ohne Entgelt in geleisteter Arbeit Milliardenbeträge herauszusuchen. Die Frage, die sich die Staatsleiter in Frankreich, England, Amerika und in den anderen Gläubigerländern vorsetzen haben, ist also nicht mehr die: „Was ist richtig?“, sondern die: „Wie lassen wir es uns unter den Umständen?“. Ist die eigene Not wird die tüchtigste und überzeugendste Lehrmeisterin sein. Weil es Frankreich heute noch wirtschaftlich gut geht, weil es dort keine Arbeitslosen gibt, deshalb ist dem Franzosen diese Seite des Reparationsproblems noch am wenigsten zum Bewußtsein gekommen, deshalb kann er sich auch am wenigsten mit dem Gedanken an eine Revision des Youngplans befreunden. Er sieht darin noch nicht eine Angelegenheit, die im Interesse der Erhaltung der Weltwirtschaft endlich in Angriff genommen werden muß, sondern er sieht nur, daß er, der Sieger, sein Bestreben preisgeben soll. Das Unmögliche wird ihm sauer, nachdem er sich an die bequemere, selbstherrliche, aus dem Geiste von Versailles entsprungene Lösung Clemenceaus gewohnt hat: „Le hochse payera tout!“

Aber in der Tributfrage hat nicht Frankreich, sondern Amerika das letzte Wort zu sprechen. Denn der Youngplan hat die deutschen Tribute unmittelbar mit den interalliierten Schulden verknüpft, insofern als Deutschland so viel zu zahlen hat, wie die Alliierten an

Amerika schulden, bezüglich eines recht erheblichen Aufschlages für die europäischen Tributgläubiger selbst. Wenn Amerika die Schulden der Alliierten ermäßigt, dann werden nach den Bestimmungen des Youngplans diese Erleichterungen unter die Alliierten und Deutschland verteilt, und zwar so, daß für die ersten 30 Jahre, die der Youngplan in Kraft bleiben soll, das europäische Schuldnerland drei Zwünftel und Deutschland acht Zwünftel erhält, während das restliche Zwünftel und der Restbetrag für die letzten 20 Youngplanjahre ausschließlich zur Erleichterung der deutschen Bezahlung dienen sollen. Das heißt also, daß die Zukunft der Tributfrage im wesentlichen von der Haltung der Vereinigten Staaten abhängig ist, insofern nämlich, als die europäischen Tributgläubiger, die zugleich Schuldner Amerikas sind, über bereit sein werden, auf eine Revision des Youngplans einzugehen, wenn Amerika ihnen ihre Kriegsschulden erläßt, während sie einer Herabsetzung oder Streichung der Tributforderungen an Deutschland kaum zustimmen werden, wenn Amerika eine Herabsetzung oder Streichung der interalliierten Kriegsschulden verweigert. Das ist juristisch noch der Fall: In den Vereinigten Staaten will man gerade jetzt, wo das „Prosperitätsprogramm“ Hoovers nichts weiter übrig gelassen ist als eine Senkung der Steuern, nichts von einem Verzicht auf die interalliierten Kriegsschulden wissen. Denn ein solcher Verzicht würde bedeuten, daß der amerikanische Steuerzahler den Ausfall der interalliierten Rückzahlungswerte durch höhere Steuern aufbringen muß und auf diese Weise die europäischen Kriegskosten bezahlt. Dafür ist in Amerika vorerst noch die Öffentlichkeit noch die Regierung zu haben.

Inmmerhin ist es ein Fortschritt, wenn so wichtige Persönlichkeiten wie Harrison, der Leiter der Federal Reserve Bank, und Sado-

† Totengedächtnisfeier im Berliner Dom.

Wie alljährlich, veranstaltet auch in diesem Jahr der „Verein ehemaliger Dismärer“, Berlin (Vorsitzende aus den abgetrennten Gebieten), Ortsgruppe des Deutschen Dismabundes,

am Totensonntag, dem 23. Nov. d. J., eine

Gedächtnisfeier im Dom.

In dieser, erster Trauer gibt es, das Gedächtnis der auf dem Felde der Ehre gefallenen Kameraden sowie der Lieben, die in der uns entristlichen Heimat der ruhen, was zu halten und die Toten zu ehren.

„Wer im Gedächtnis seiner Lieben lebt,
Ist ja nicht tot, er ist nur fern! —
Tot nur ist, wer vergessen wird.“

Die Gedächtnispredigt hat in dankenswerter Weise unser Ehrenmitglied Herr Sel- und Domprediger D. Doehring übernommen.

Neben dem Einmarsch der Frauen wird die würdige Feier durch den Männerchor „Mozart“, Charlottenburg, unter Leitung ihres Chormeisters, Herrn Adolf Gehmert, verjüngt. Dismärer und Freunde der Dismar werden zu dieser Feierstunde, die wir unsern Toten schuldig sind, herzlich eingeladen. Beginn der Feier pünktlich 4 Uhr nachmittags.

Der Vorstand.

den, der Vorsitzende des Bank- und Währungsvereins in der Repräsentantenversammlung, für eine Herabsetzung der Schuldensatzungen im Hinblick der deutschen Schuld ansetzen und man sprach in seinen Blättern schreibt: „Der Versailles Vertrag, der dazu bestimmt war, die deutsche Nation verleben zu lassen, ist eben so dumm wie brutal. Er jagt alljährlich in Hunderten von Goldmillionen das Lebensmark aus der deutschen Wirtschaft. Er bedeutet lange Arbeitszeit für jeden Deutschen, Entmündigung für Volk und Einzelne. Keine Nation wird dies auszuhalten vermögen. Wenn Alliierten und Assoziierten in Versailles mit voller Überlegung die Volkswirtschaft Deutschlands geplant hätten, so hätten sie es nicht besser und erfolgreicher tun können. Jetzt ist es an der Zeit, die **Corbett** und das **Verbrechen** von Versailles ungeschehen zu machen und die schweren untragbaren Lasten vom Rücken des deutschen Volkes zu nehmen.“

Frankreich — der Genemid Europas.

Während die Frage einer Erleichterung in absehbarer Zeit greifbare Formen annehmen wird, wird auch das Problem der Grenzrevision eifrig weiter erörtert. Die Ereignisse der letzten Zeit haben in Frankreich die alten hartnäckigen Gegner jeder Revisionsbewegung auf den Kampfplan gerufen. Bei der außenpolitischen Aussprache in der französischen Kammer hat der Abgeordnete Franklin Bouillon unter der Leitung des Abgeordneten Kerguelen die einschläglichen Abgeordneten Paul-Boncour seine gegen Deutschland gerichteten Angriffe wiederholt, die in dem Sinne apostelen, daß Frankreichs Ohnmacht an der Weichsel liegt. Er wies auf die angeblich ungeheure Höhe des deutschen Heereshaushaltes (1) hin. Deutschland könne kein Moratorium gewährt werden, solange es seinen Haushalt, besonders die Heeresausgaben, nicht einschränkt habe. Das deutsche Heer beste nicht allein aus, es sei mehr russischen Armeeverbänden. (2) Deutschland fordere ein Moratorium, doch müsse man, daß es seit zehn Jahren Verführung getrieben habe, um seiner Zahlungspflicht zu entgehen. Ein Moratorium für einen Gläubiger, der schlechten Willens sei, komme nicht in Frage. Was das Rheinland anlangt, so müsse man vom Völkerbund fordern, daß er in der in militärischen Zone Anstalt die militärische Zone der Weichsel. Schließlich müsse die französische Regierung erklären, daß Frankreich niemals zulassen werde, an den durch den Versailles Vertrag gezogenen Grenzen zu rühren. Wie sollte Frankreich seinen Bundesgenossen wie Polen und Belgien in die Augen sehen, wenn eine herabige Diskussion überhaupt in Erwägung gezogen oder gar zugelassen werde. Frankreich müsse seinen Verbündeten die Sicherheit geben, daß es nicht in der Lage sein werde, die Weichsel zu überfallen hätten Frankreich die Augen geöffnet, doch bestohe ein Revisionismus in Deutschland und Belgien sowie eine zögernde Haltung beider anderen. Angesichts der Gefahr müßte das französische Volk sich im Innern einigen und keine Kongressionen machen.

Der rechtsfähige Abgeordnete Scapini, der über die französische Erbschicksalsgerichtsbarkeit, Sicherheit und Abrüstung sprach, wies darauf hin, daß die Frage der Landesverteidigung an die erste Stelle gerückt werden müsse. Es sei notwendig, wenn nicht die dreijährige, so doch zumindest eine einjährige Wehrzeit oder zweijährige Dienstzeit wieder einzuführen.

Der Abgeordnete Peyer von der Volksdemokratischen Partei entwarf seine Ansicht über die Möglichkeit einer Anwendung des Art. 15 des Völkerbundespaktes und die Aufstellung der französischen Regierung über eine deutsch-französische Zusammenarbeit. Ein deutscher Antrag auf Anwendung dieses Artikels werde im Völkerbund niemals eine Mehrheit finden. Man müsse sich also fragen, warum Deutschland unter diesen Umständen auf einer Revision der Verträge bestohe. Der Artikel 15 des Völkerbundespaktes spreche von Verträgen, die in schriftlicher Form abgeschlossen sind. Bei der gegenwärtigen europäischen Lage könne hieron jedoch nicht die Rede sein. (7) Im Gegenteil, jede Fortsetzung auf Revision der Verträge sei für Frankreich unannehmbar.

Auch der ehemalige Ministerpräsident Herrriot bestohe in seinem Vortrage der „Revue“ auf die Möglichkeit einer Revision der Verträge, wobei er erneut die Ansicht Ausdruck gibt, daß jede Revision unannehmbar des Rahmens der im Völkerbundespaht vorgesehenen Bestimmungen unweigerlich zum Kriege führen müsse. Herrriot stellt sich, um dem Anschlagsgedanken entgegenzutreten, als Verteidiger der österreichischen Selbständigkeit auf. Er sehe nicht ein, warum nicht gerade Wien im paneuropäischen Staatenbunde der Zukunft eine beherrschende Rolle spielen solle, wenn keine derartige die Kontrollstelle geben, die unter Kontrolle des Völkerbundes im Zusammenhang mit dem europäischen Staatenbunde ins Leben gerufen werden müsse. Eine französisch-österreichische Annäherung biete, so sagt Herrriot, der sich in Zusammenarbeit mit einigen Wiener Kreisen seit langem um die Festigung der französischen und die Fortführung des einseitigen Einflusses bemüht, konkret Schritten zu tun, die die Beziehungen zwischen Frankreich und Österreich zwischen der lateinischen und der germanischen Welt sei.

Poincaré, wohl der stärkste und unerbittlichste Verteidiger des „Revisions“-Diktates, den das chauvinistische Frankreich heutzutage in einer Artikel im „Paris“ „Revue“ auf die Frage ein, die seit langem die Öffentlichkeit namentlich in Frankreich, England und Polen beschäftigt; er deutete die geheimnisvollen Beziehungen an, die angeblich zwischen Berlin und Moskau mit dem Ziel einer Umwälzung der gegenwärtigen Zustände in Europa bestohe. Er erbot gegen Deutschland den Vorwurf, daß das „Vollheimismus“ gemeinsame Sache gegen Europa zu machen, wobei die „Revisions“-Angelegenheiten im Oktober durch eine Erklärung im Unterhaus öffentlich von diesen Verbindungen Deutschland abgerückt ist. Poincaré fürchtete, daß Deutschland, dessen erbitterter Kampf gegen die Pariser Finanzdiktate er kennt, jene Verbindungen sucht, wo es sie findet. Er fürchtete, daß Polen in Krümmen gegen wird, wenn es Deutschland und Russland zu gemeinsamer Abwehr verbindet.

Herods Verteidigungsbefreiungen.

An der von Herod eingeleiteten Revisionenbedeutung sind dieselben Gedanken zur Sprache gekommen. Arnold Reebberg, der Vermittler zwischen Herod und den deutschen Rechtspolitikern, hat noch einmal an den nationalsozialistischen Führer Adolf Hitler telegraphisch: „Nicht nur französische Staatsmänner, sondern auch ebenso wie diese ausgeprochenen und unerbittlichen Schicksalsgegner, die die Weichsel in der Weltkarte nicht anerkennen haben die deutsche Nationalisten im Verdacht, daß sie im geheimen Bündnis mit Moskau den Krieg gegen die Weichsel vorbereiten. Eine abnehmende oder ausweichende Antwort Hillers auf das von Herod vorgeschlagene deutsch-französische Militärabkommen würde diesen Verdacht unheilvoll verstärken. Es werde außerdem behauptet, daß die nationalsozialistischen „Rechts“-Verhältnisse mit Mussolini ununterbrechlich auch Mussolini werde über in Frankreich, England und den Vereinigten Staaten der geheimen Verabredung mit Moskau verdächtig dahingehend, der „Vollheimismus“ solle die französische Armee und die englische Kriegsmarine zerstören, damit Italien freie Hand im Mittelmeer gemäße. Wenn Herod nun das von Herod vorgeschlagene Militärabkommen mit Frankreich ablehne, werde Mussolini in den genannten Ländern, werden, mit Unrecht, mitbeweltet werden, zum mindesten werde sich in Frankreich, England und Amerika die Ansicht festsetzen, Mussolini lude kriegerische Expansion; denn wenn er dies nicht tue, dann müßte ihm das deutsch-französische Militärabkommen unbedenklich erscheinen.“ „Wenn Sie endlich“, so schreibt Reebberg am Schluß, „nach Herod bisheriger politischer Propaganda den „Vollheimismus“ als einen gefährlichsten Gegner ansehen, so schließt sich damit ganz natürlich die Forderung gegen Frankreich an, daß es sich aus Frankreich ebenso wie Deutschland und ganz Europa überhaupt vom „Vollheimismus“ bedroht wird und beide Staaten also auf gemeinsame Abwehr angewiesen sind. Endlich müßte es nach meiner Kenntnis in Frankreich, in England und in den Vereinigten Staaten Ihre Partei bestohe, wenn Sie das Land, die für die Weltfriedung vortheilhafteste Fortschritt Herods abgelehnt zu haben, auf sich nehmen.“

Adolf Hitler hat, nach der ihm dieses Telegramm Reebbergs erreichte, die Vorschläge Herods endgültig abgelehnt. Er hat dem Plan eines deutsch-französischen Militärabkommens, das nach Herods Auffassung die Krönung des Revisionenprogramms sein sollte, im „Völk. Beob.“ Nr. 265 noch einmal eingehend und klar kritisiert.

„Der Militärabweg teilt mit im Auftrag Gustave Herods mit, daß das „Militärabkommen“ nicht abgeschlossen worden habe, jedoch gegen Italien wende, sondern nur den zu schaffenden neuen status quo in Europa gegen die aggressiven Absichten anderer schützen solle. Jedoch darf man aber feststellen, daß in Europa eine wesentliche Änderung des derzeitigen status quo auch nach den Vorschlägen Herods überhaupt nicht eintreten wird. Ich glaube, denn, wenn aber der neu schaffende europäische Zustand, der durch die Abgeschlossenheit der Weichsel, in erster Linie von England und Italien mitunterzeichnet werden müßte... Die Einsicht über die notwendige Befreiung der bolschewistischen Weltfrage, die sich in den Aufträgen Gustave Herods ausdrückt, ist auf das freudigste zu begrüßen... Die ganze Art und der Umfang der bisherigen französischen Klügelungen gegenüber dem „Vollheimismus“ sind eine wirklichen Bekämpfung gerade der „Vollheimismus“ nach dem Sinn der französischen Grenzen gegen das heute noch unvollkommene Deutschland, die nicht minder großen militärischen Vorbereitungen an der Grenze nicht vom „Vollheimismus“ bedrohten italienischen Grenze, die Mobilisierung des schwarzen Kontinents für militärische Zwecke können ihre Motivierung nicht in der Aufzucht eines Schutzes gegen Sowjetrussland erhalten. Schließlich glaube ich, ich überhaupte nicht, daß die Frage der „Vollheimismus“ einmalig ist. Die „Vollheimismus“ eine Frage von technischen Klügelungen und überalterten Militärabkommen ist. Die europäischen Kabinette können meines Erachtens in ihrer heutigen Verfassung endlich an einen Schritt nur demselben Krieg mit Sowjetrussland gar nicht denken... Allen nur ein einziger Staat hat sein Volk auch völlig gegen den „Vollheimismus“ erollt und endlich immutabil gemacht, das ist die Sowjetunion. Alle anderen europäischen Staaten besitzen weder politische Angriffsmittel noch politische Gasmasken gegen die Sowjetpropaganda

Die Frage der Überwindung des Volkseigennutzes ist die Frage der Schließung der europäischen Staaten... Eine Militärkonvention zur Aufrechterhaltung der bestehenden europäischen Verhältnisse (sowohl als zur Abwendung der bolschewistischen Gefahr) hat nur dann einen Sinn, wenn alle großen europäischen Nationen in diesem Bunde gleichberechtigt vereint sind, die U.S.A. oder Sowjetrußland, wenigstens soweit es den Schutz der menschlichen Kultur vor der bolschewistischen Barbarei betrifft, teilnehmen. Es muß daher derjenige Punkt des Verhältnisses im Interesse der nächsten Überwindung der europäischen und außer-europäischen Differenzen für die nationalsozialistische Bewegung zu einem tiefen Bedauern ablehnen."

Nachdem auch der Stahlhelm Herold eine enghellige Abgabe erteilt hat, hat nur noch Kapitän Ehrhardt die Verbindung mit Herold aufrecht erhalten. Ehrhardt hat in einem an Rosenberg als Vermittler gerichteten Brief die Möglichkeit einer deutsch-französischen Verständigung grundsätzlich bejaht. In Unter der Voraussetzung, daß Herold gelingt, die französische Regierung zu veranlassen, sich die von ihm (Herold) vorgeschlagenen Bedingungen für eine deutsch-französische Vereinigung zu eigen zu machen, sehe er in diesen Bedingungen die Basis für positive deutsch-französische Verständigungsverhandlungen. Auf seine Randfrage in dieser Angelegenheit habe übereinstimmend aus allen Vögeln die Antwort erhalten: "Es wollen wir eine deutsch-französische Verständigung, wenn sie ehrlich, vererblich und schließlich für Deutschlands Ehre tragbar und Deutschlands Zukunft als Großmacht politisch und wirtschaftlich sichert." Den Wert des Meinungsustausches zwischen Männern beider Nationen, die im öffentlichen Leben stehen, hielt Kapitän Ehrhardt darin, daß der Gedanke der Verständigung immer größere Formen annimmt, so unter anderem in den öffentlichen Reden und Stellen schließlich das volle Verständnis der überwindenden Mehrheit der beiden Völker, der Führer, der Presse finden würde.

Im dem Schreiben Ehrhardts bemerkt Herold, daß er selber keinerlei Einfluß auf die französische Regierung

besitze. Alles was er tun könne, sei, die französische Öffentlichkeit und vor allem die nationalen Kreise von der Echtheit einer deutsch-französischen Verbindung zu überzeugen. Um jedoch den bedeutendsten Standpunkt weiter Kreise in Frankreich in seinen Grundmauern zu erschüttern, genüge ihm die Antwort Ehrhardts allein nicht, sondern er bedürfe auch der Hugenbergs (sowie einer betriebigeren Hiltlers und des Stahlhelms).

Dajngjki über den Korridor.

Der Präsident des polnischen Sejm, Dajngjki, hat einem Sonderberichterstatter des „Petit Parisien“ Erklärungen über das Korridorproblem abgegeben. Wenn die Deutschen, so äußerte sich Dajngjki, an die Möglichkeit hätten, eine Revision der deutsch-polnischen Grenze durch direkte Verhandlungen zwischen Warschau und Berlin zu erlangen, so sei darauf zu verzichten, daß derartige Verhandlungen nicht in Frage kämen, weil Polen sich weigern würde, darauf einzugehen. Sollten die Deutschen andererseits sich auf Artikel 19 des Völkerbundesstatuts berufen und sich an den Völkerbund wenden, so sei darauf zu sagen, daß dieser Artikel niemals Anwendung finden werde, weil die polnische Völkerbundsdelegation ihre Zustimmung versagen und damit die erforderliche (7) Einstimmigkeit fehlend würde. In Deutschland solle sich niemand über die geringsten Mänon hingeben. Wenn nun alle deutschen Kreise trotzdem beharrlich auf eine Revision ins Auge gefaßt, so sei dies als ein Zeichen der Gemäßigtheit und Friedfertigkeit unter den Deutschen, die gegen den gegenwärtigen Zustand protestierten, durchaus möglich, wobei die gefährliche Revisionpropaganda zu führen könne. Man könne mit Wahrscheinlichkeit annehmen, daß sie einfach einen europäischen Weltzustand schaffen möchten, der ihren Forderungen günstig sei, um sich für den Fall der Unterstüßung oder Realisierung anderer zu wehren, an dem die Polen nur die Frage stellen, sich zu verteidigen oder Selbstmord zu begehen.

Die polnische Deutschenbeziehung geht weiter.

Die Unpolenität Warschau demonstriert gegen Deutschland.

In Polen wird landauf, landab überall und in allen möglichen und unmöglichen Formen weiterhin gegen Deutschland und das Deutschtum gehetzt, sowohl in öffentlichen Kundgebungen wie in den polnischen Wählerversammlungen und bei Vereinsveranstaltungen, in Schulen und Kirchen, in den Geschäften und auf der Straße.

Die Warschauer Studenten veranlaßten am 8. November im Hof der Universität eine große gegen Deutschland gerichtete Kundgebung. Der Rektor hielt eine Ansprache, worin er von „der drohenden deutschen Gefahr“ sprach und zum nationalen Zusammenfluß aufforderte. Dann sprachen noch einige Studenten, die den Boykott deutscher Waren und deutscher Filme verlangten. Die Studenten zogen dann, etwa 2000 Mann stark, unter dem Aufschrei deutscher Vögel zur Kine, wo gerade ein deutscher Film gegeben wurde, wurden aber von der Polizei abgedrängt. Sie verhielten dann zur deutschen Gesandtschaft zu marschieren, doch löperte ein harter Riegel von Schutzmannschaften zu Pferde und zu Fuß die Straße ab, in der sich das Gesandtschaftsgebäude befindet. Nachdem die Studenten längere Zeit Vorüberzieher auf Deutschland ausposaunen hatten, folgten sie der Aufforderung des Rektors und verließen die Universität. Die Wissenschaftler, vertreten durch den Rektor der Warschauer Universität, nimmt also an den Kundgebungen teil, in denen das polnische Volk zu unerbittlichen Feindschaft gegen Deutschland aufgereizt wird. Männer, die durch ihre Verrätigkeit Europa sein sollten, eine friedliche Zusammenarbeit der Völker zu erstreben, lassen es zu, daß zur Anwendung von Gewaltmitteln, zum Gebrauch der mittelalterlichen und modernen Methoden der Verhetzung und Verleumdung aufgerufen wird, dem auch sie als Wissenschaftler sehr vieles verdanken. Das ist ein trauriges Schauspiel für den, der es nicht gewohnt ist, akademische Lehrer unter lärmenden Demonstrationen und die Wissenschaft im Dienste des Völkerverhates zu sehen.

In der polnischen Presse.

die in Polen erscheint, hat die Hege auswendiglich etwas nachgelassen. Es scheint das darauf zurückzuführen zu sein, daß infolge des Protestes des Berliner Auswärtigen Amtes der polnische Außenminister Salicki sich veranlaßt gesehen hat, sich an die Presse mit bescheidenen Bemerkungen zu wenden, in denen das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen durch ein zu hartes Vergehen gelöst werden könnte, eine ruhigerer Tonart anzuschlagen. Lange wird das ja sicher nicht halten.

Verteilung des Polenbundes an der Deutschenbeziehung.

Der Polenbund, die Hauptorganisation der Polen in Deutschland, hat am 29. 11. in Berlin getagt. Der Hauptrat hat sich natürlich auch mit den deutsch-polnischen Fragen befaßt, die in jüngerer Zeit die polnische Presse leidenschaftlich bewegt haben. Der „Dziennik Berlinki“ (Nr. 257) bringt in seinem Bericht darüber von der „Korridorisierung der polnischen Bevölkerung in Ostpreußen und in der Kaschau“ und teilt eine Ent-

schliessung mit, in der gesprochen wird von dem „unerhörten Terror, den das polnische Volk in Ermland, in Masuren, im Weichselgau und in der Kaschau durchmacht“ (1), und nach der unter Hinweis auf die „schon bestehende, planmäßig organisierten Überfälle auf die polnische Bevölkerung, auf Verhöhnung polnischer Organisationen sowie auf Einzelpersonen“ folgende Beschlüsse gefaßt worden sind:

1. Der Hauptrat drückt seinen Protest gegen die unerbörten Verbrechen in Ermland, in Masuren, im Weichselgau und in der Kaschau bei ihrer ausdauernden, aufopferungsvollen nationalen Haltung gegenüber der Bedrückung und dem Terror, die sie durchmachen müssen, seine Hochachtung aus. Der Hauptrat anbietet unseren Brüdern in Ostpreußen Zusätze seiner warmen Teilnahme und Mitleid auf die polnische Bevölkerung, die durch die Überfälle in Deutschland mit den Verhältnissen der Verarmung in Allenstein, die am 12. Oktober d. J. stattgefunden hat.

2. Der Hauptrat erteilt mit Entrüstung die unerhörten Überfälle auf die uns durch Geleze zueinander polnischen Bräutlingen sowie auch die Anschläge auf das Leben, die Habe, die Freiheit und Sicherheit der polnischen Bevölkerung und auf die freie Entwicklung ihrer nationalen Werte und Interessen.

3. Der Hauptrat richtet an die polnischen Behörden das Ersuchen, eine strenge Untersuchung einzuleiten, die an diesen überflüssigen Schuldigen zu betrafen sowie der polnischen Bevölkerung volle Sicherheit des Lebens, der Habe und der freien Entwicklung ihrer nationalen Werte zu verbürgen."

Der Polenbund verallgemeinert in dieser Entscheidung also ebenfalls einzelne Vorfälle, die an sich unbedeutend und herablassend sind und die lediglich eine verlogene polnische Darstellung aufgebraut hat, und sucht auf diese Weise der Öffentlichkeit einzureden, als herrsche in unseren Grenzgebieten zwischen Deutschen und Polen der tollste Kriegszustand, wozu gar keine Rede sein kann. Die deutschen Behörden konnten sich mit aller Entschiedenheit gegen die „Böswilligkeit“ der polnischen Bevölkerung in Deutschland und gegen die Einführung des Polenentums in Polen und des gesamten Auslandes mit allem Nachdruck wehren. Es klingt gerade wie ein Hohn, wenn der Hauptrat des Polenbundes sich in einer weiteren Entschließung gegen „Aufregung der deutschen Presse" wendet, um einzuhalten die Angriffe des Berlin des Polenbundes, des Pfarrers Dr. Demanski, und auf den Geschäftsführer dieses Bundes, Dr. Johann Kaczmarek, sowie auf andere Verdächtige polnische Führer" spricht, darin den Charakter einer organisierten Aktion gegen die leitenden Stellen der Zentralorgane der Polen in Deutschland" erblickt und „mit der Unterstützung vieler lärmenden Unterleuten eines großen Teils der deutschen Presse zurückweist". Auf unser „Ostland"

kann sich diese „Entzweiung“ nicht begeben, denn wir haben Angriffe auf die erwähnten Personen, die bei Veranlassung liegen könnten, nicht gebracht. Auch die deutsche Tagespresse hat u. E. eine Veranlassung zu dieser Entzweiung nicht gegeben, diese Entzweiung erscheint uns vielmehr künstlich gemacht und dazu bestimmt, die Aufmerksamkeit von dem geradezu unbeschreiblichen heroischen Erleben der polnischen Presse dieses und jenseits der Grenze abzulenken.

Errorkorrigieren.

An der Deutlichkeit muß sich natürlich auch der in Herne erscheinende „Aard“ beteiligen. Fehler bringt in Nr. 256 einen die Dinge völlig falsch darstellenden Artikel, der auch in anderen polnischen Zeitungen erschienen, also offenbar von einer polnischen Zentralsatzung ausgegangen ist. In dem Artikel wird von dem „unerbittlichen Terror gegenüber der polnischen Bevölkerung in Ostgalizien“ gesprochen und letztere bezeichnet mit dem polnischen Worte als „unser Heimitland“, d. h. also natürlich als urpolnisches Gebiet bezogen. Die Verhältnisse in den Ostgalizien schildert das Wort in unglaublich übertriebener Weise wie folgt:

„Der immer härter werdende Terror übersteigt alle Grenzen. Bemerkenswerte deutsche Stotrupps verlorben und demolieren polnische Schulen, überfallen Organisationsstellen, schlagen und misshandeln hunderttausend Polen, „mordeten“ „Jugendliche“ zahlreicher. Die hochachtungsvollen Reichs- und heute in Europa jedem Staatsbürger zurkannt sind, werden gegenüber der polnischen Bevölkerung in Deutschland getrieben. Ihrem Leben, ihrem Besitz und ihrer persönlichen Freiheit droht ständig eine Gefahr seitens organisierter nationalpolnischer Verbände. Die Garantien der Staatserfüllung und eine einzige Verordnungsgebung, die im geringsten Unannehmlichkeiten für die Bevölkerung hervorzurufen ungestraft von nationalpolnischen Stotrupps verweigert.“

Alle diese Vorgänge tragen heute den ausgesprochenen Charakter einer organisierten polenfeindlichen Aktion. Die nationalpolnische deutsche Presse darf nicht auf die deutsche Bevölkerung gegen die Polen dauernd aufzumischen. In dieser Presse und auch in dem übermäßig großen „Eisler der deutschen Volksgelehrtheit finden die Verbände der Wegelagerer und der Angreifer eine ständige Stütze. Die örtlichen Sicherheitsbehörden, die die Pflicht haben, die Staatsbürger vor Terror und Überfällen zu schützen, erfüllen nicht ihre einfachsten Aufgaben.

Ohne Verhalten wäret in unserer Bevölkerung immer tiefer die Überzeugung, daß sie in Bezug auf die unerbittliche Tätigkeit der deutschen Stotrupps, die unsere Konsulate schikanieren, ruhig durch die Finger gehen.

Man vergegenwärtigt sich, was eine solche Darstellung der Verhältnisse in unserem Osten auf polnische Leser im Westen, die die wirklichen Verhältnisse nicht kennen und diese Darstellung für wahr halten, für einen Eindruck machen muß. Sie müssen glauben, daß die Polen wirklich hier in Angst um Gut und Leben sind, daß sie verfolgt und gemordet werden, während sie in Wirklichkeit ruhig und friedlich die Vorteile der preussischen Minderheitslehreordnung genießen.

Die Vorgänge in Nikołajen werden in diesem Artikel ebenfalls als eine deutsche Polenverfolgung hingestellt, während es sich hier wesentlich um rein interne Streitigkeiten des Polentums handelt. Es wird von einer „neuen Welle des Terrors“ gesprochen und so das Polentum in mißlicher Weise aufgehetzt.

Der Schulkrawall in Nikołajen.

Wie es nicht anders zu erwarten war, haben sich die polnischen Zeitungen in Deutschland in ausgiebiger Weise mit der Zerschlagung der Minderheitslehre in Nikołajen, Kreis Stum, befaßt, obwohl von vornherein feststand, daß die Ausführungen keineswegs von Deutschen, sondern von verschleierten Mitgliedern der polnischen Minderheit selbst in Nikołajen her stammten. Obgleich die Einzelheiten der Untersuchung überhaupt zu beachten sind, hat der Hauptteil des Bundes der Polen in Deutschland, wie der „Dziennik Berlinki“ (Nr. 257) berichtet, eine Entschuldigend gegeben, in der von dem „ich wiederholenden, planmäßig organisierten Überfällen auf polnische Schulen, auf Lehrer, polnische Organisationsstellen sowie auf Einzelpersonen“ die Rede ist. Am 21. Oktober, so wird da behauptet, wurde in Nikołajen die weitestpolnische Jugend überfallen und mit Steinen beworfen, gerade in dem Augenblick, als sie sich vor dem Schulkolleg zur Abhaltung einer Theatervorstellung versammelt hatte“, ufl. Es ist erinnerlich, daß es der polnische Westkonjunkturalist Patzjinski und seine polnischen Freunde gewesen sind, die bei dieser Gelegenheit ihre Kandidaten angetrieben, eine Schlichtung in Szene gesetzt und in der darauffolgenden Nacht unter anderem mit aller Untheilnahme über der Hauptort des Polentums, der den Polen im Grenzgebiet, für ihre ausdauernde, aufopferungsvolle nationale Haltung gegenüber der „Bedrückung und dem Terror... seine Hochachtung ausdrückt und in schmerzlicher Entrüstung die Anschläge auf das Leben und die Habe, die Freiheit und Sicherheit der polnischen Bevölkerung“ verurteilt. Die „Berichtigung“ der Schuldigen fordert, kann kommen mit seiner Verbannung nach unterirdischen mit mir alles unterirdischen haben, daß den Preuten, die sich, obwohl sie Stockpolen sind, plötzlich irgendwelchen unbedürftlichen Gräuben mit ihrem neuentdeckten Deutschstum brühen, fernerm die Möglichkeit genommen wird, zur

Freude des Polentums den deutschen Namen in Verfall zu bringen. Wir möchten dem besorgten Hauptort des Polentums aber dringend nahelegen, auch seinerseits dafür Sorge zu tragen, daß die Schuldigen nicht etwa rechtzeitig über die nahe Grenze ins „freie Polen“ entweichen und daß vor allem auch der Lehrer der polnischen Minderheitslehre in Nikołajen, Hammer, der seinen Fortzug bereits angekündigt hat, den deutschen Behörden entgegen steht.

Der „Dziennik Berlinki“ und der „Katolik Gosiński“ bringen als Seitenstück (Nr. 255) übernehmend eine „Schöpfung“ der Vorgänge in Nikołajen, die sich durch die folgende Schilderung der Vorgänge der Tatsachen besonders betruht. Es ist da von dem „toleranten, keine Grenzen kennenden deutschen Nationalismus“ die Rede, der in den polnischen Vorkämpfern mit Steinen, Revolvern und Granaten tobt. In allen diesen Vorgängen und Verfalls, von denen wir nur einen kleinen Teil im öffentlichen Kenntnis bringen, war das Verhalten der Polizei geradezu unerhört. Die staatlichen Sicherheitsorgane, die in der ganzen Kulturwelt (auch in Polen) verpflichtet sind, die Bürger ohne Unterschied ihrer Nationalität oder ihres Vorkennnisses gegen Verbrechen zu schützen, die das Leben und die Sicherheit des Menschen bedrohen, haben nicht nur den Beweis missgünstig für sich gillig, „zeit, gegen“ „großräubische“ Verbrechen, sondern auch „Verhalten“ mußte auch unter der Ortsbeurteilung den Eindruck erwecken, daß die Polizei sich ausdrücklich auf die Seite der Angreifer stelle, überall, wo diese Vorgänge stattfanden, war die Polizei entweder nicht in der Nähe oder sie ist verloscht angetreten. Auch mehr, manche Polizeibeamten erlaubten sich unerhört freche Antworten, wodurch die Unzufriedenheit für die Verbände der Wegelagerer und Angreifer erklärten.“

In welcher ungläubigen Weise gelogen wird,

beweist die folgende Verächtlichung des Oberpräsidenten in Schneidemühl, durch die geradezu ungläubigen Lügen des Berliner „Polenblattes“, des „Dziennik Berlinki“, über die Minderheitslehre in Slatom an dem Praeger gestellt werden. Die Verächtlichung lautet:

„An einem Aufsatze mit der Überschrift: „Schikanierung polnischer Schulen“ ist in Nr. 237 des „Dziennik Berlinki“ vom 11. Oktober 1930 behauptet worden, daß in der Stadt Slatom die private polnische Schule von 33 Kindern, die staatliche deutsche Schule dagegen von nur 27 Kindern besetzt sei. Demgegenüber wird festgestellt, daß am 1. Mai 1930 die polnische Schule von 56, die deutsche Volkschule jedoch von 607 Kindern besetzt war. In dem fraglichen Artikel wird ferner behauptet, daß auf jeden deutschen Lehrer 13 Kinder entfielen, Demgegenüber wird festgestellt, daß an der deutschen Schule ein Lehrer durchschnittlich 47 Kinder zu unterrichten hat, während bei der polnischen Minderheitschule bereits auf 19 Kinder ein Lehrer entfällt. Es ist ferner unrichtig, daß wegen der beabsichtigten Heirat eines deutschen Lehrers der polnischen Minderheitschule eine Klasse im deutschen Schulgebäude gegründet ist. Die polnische Minderheitschule hat im deutschen Schulgebäude niemals eine Klasse besessen. Es ist daher auch unzutreffend, daß die polnischen Kinder bei Regen und Stof 15 Kilometer Wegs zurücklegen haben, weil der deutsche Herr Lehrer beitragen will.“

Es ist in hohem Maße zu begrüßen, daß Herr Oberpräsident von Bülom den Lügen des „Dziennik Berlinki“ bezüglich der Schulverhältnisse in Slatom entgegengetreten ist. Wir würden es begrüßen, wenn die amtlichen Stellen viel mehr als bisher aus ihrer Reserve gegenüber den polnischen Lügen hervortreten und durch Verichtigungen die mehr oder weniger schärflichen heilen würden. Außerdem sind folgende Klärungen bezüglich der Angaben im „Polenblatt“ zu stellen, um gegen die polnischen Lügen und die polnischen Übertreibungen mit aller Entschiedenheit anzukämpfen und dieser Hehmetode der Polen ein Ende zu machen. Es ist auf die Dauer unrentabel, daß die polnische Presse ungehörig ein geradezu davorerträgliches Erleben fortsetzen darf, während in Polen die deutschen Zeitungen wegen jeder Kleinigkeit in schwerer Sprache genannt und verborben werden, während man zugleich aus nichtigen Gründen die Zeitungsabdruckung selbst und deutsche Redakteure, wie Herrn Stoka von „Posener Tageblatt“, ungehört ausweist, um so die deutschen Zeitungen zu schädigen und zu unterdrücken und das Deutschtum seiner besten Anwälte und unentbehrlichen Verteidiger zu berauben. Hier muß endlich nach gleichem Maß gemessen werden!

*

Das „Posener Tageblatt“ als Notzeitung.

Das „Posener Tageblatt“ erscheint vorläufig dreimal wöchentlich als Notzeitung und wird jetzt in einer Danziger Druckerei hergestellt. Die Druckerei Konkordia in Polen, in der das „Posener Tageblatt“ hergestellt wird, ist bekanntlich am 1. November wegen angeblicher Verhältnisse gegen die Gewerbeverordnungsordnung geschlossen worden. Es sollte im Betriebe Unauferbarkeit herrschen. Die Druckerei Konkordia ist die größte deutsche und die modernste Druckerei in der ganzen

Der Ostdeutsche Heimatkalender für 1931 ist erschienen!

Der Etablerpreis des neuen Jahrgangs starkes, mit reichem Bildschmuck ausgestatteten Ostdeutschen Heimatkaleenders beträgt nur 1,50 M. Untere Mitglieder erhalten ihn zum Vorzugspreise von 1,20 M.

jährlich 30 Pf. Porto. Die Cabanensendebü und Ortsgruppen des Deutschen Ostbundes erhalten bei Sommerbestellungen je nach deren Höhe eine weitere Ermäßigung.

Die Kohlenmagistrale.

Der Korridor als Symbol der polnischen Unabhängigkeit. — Obererschleben „der größte Schatz Polens“. — Frankreich leßt sich im Korridor fest.

— Obererschleben „der größte Schatz Polens“. — Frankreich leßt sich im Korridor fest.

Die Hauptgüter der leistungsmäßig ein- und Ausfuhr Danzigs sind Jense, die vom obererschleischen Anbaurieterer zur Küste oder von dort nach Obererschleben gehen. (Kohle, Erz, Schrott, Zement usw.) Polen hat ein Mittel zur Hand, durch das sie gerade diese wichtigsten Güter von Danzig ablenken und Söngen zuführen kann: Die direkte Bahn von Obererschleben nach Söngen. Dieser wird die obererschleische Kohle über Schenftobau, Kutno, Chorn, Graudenz, Dirschau und Danzig nach Söngen befördert, also auf einer Strecke, die ein Stück nach Osten ausbiegt und von Wloclawek an dem Weichselufer folgt. Die „Kohlenmagistrale“ dagegen wird in fast gerader südwestlicher Richtung von Obererschleben zur polnischen Küste, von Kattowitz über Wielun, Kolo, Hohenalza, Bromberg und Egerk nach Söngen geführt. Sie geht also an Danzig vorbei, da sie 130 Km. kürzer als die bisherige Transportstrecke ist, die Wettbewerbsfähigkeit Söngens verleiht. Sie soll die wichtige Verkehrsader Westpolens sein, die die beiden Grundpfeiler der polnischen Volkswirtschaft auf dem kürzesten Wege miteinander verbindet. Sie wird die Verkehrsachse sein, auf die sich in aller Eile Polens aufbauen wird. Wirtschaftspolitik führt, eine Durchdringung des Verkehrs, die an Danzig nur die Güter abgeben wird, die über die Umfahrlinie Söngens hinausgehen. Danzig wird auf die Rolle eines Reservelagens beschränkt, der nur bei geringerer Konjunktur Verkehrsleistungen im übrigen mit der zu einer Art Binnenhafen werden, der nicht mehr als seine nähere Umgebung bedient.

obererschleische Kohlenbergbau sich auf den nördlichen Märkten erneut einer verstärkten Konkurrenz ausgesetzt sehen wird. Dänemark hat 1929 27,85 v. H. seines Kohlenbedarfes aus Polen bezogen; Schweden 33,31 v. H. seines Imports.

Die wirtschaftliche Bedeutung ist nur die eine Seite der neuen Bahnlinie Kattowitz—Söngen. Daß sie auch eine politische Bedeutung besitzt, geht ihr außerdem ein hoher strategischer Wert beigemessen wird, läßt das französisch-polnische Abkommen erkennen, demzufolge die Bahn nach Fertigstellung in den Besitz und die Verwaltung eines französisch-polnischen Konfortiums unter Führung von Schneider—Crespiet und der Banque des Pays Bas bei gleichem Interessententum der französischen Regierung übergeben soll. Die Gemeinsamkeit der französisch-polnischen Gegenwart gegen Deutschland wird dadurch deutlich betont. Die Ausrufung Franklin Roosevelts, daß Frankreichs Ostgrenze an der Weichsel liege, ergab dadurch einen nicht missverständlichen Kommentar. Polen hat wieder eine vollendete Entscheidung gewonnen, die es nicht nur moralisch gegen die deutsche Strebenforderung auszuspielen wird, sondern auch militärisch in bevorstehender Weise auszuwerten vermag. Das polnische Aufmarschgebiet gegen Deutschland ist durch die Fertigstellung dieses Schienenweges eine strategische Einheit geworden.



Die neue Eisenbahnlinie Kattowitz—Söngen. (Die punktierte Strecke wird von Schneider—Crespiet angeschlossen.)

Die neue Eisenbahnlinie Kattowitz—Söngen. (Die punktierte Strecke wird von Schneider—Crespiet angeschlossen.)

Die Bahn Kattowitz—Söngen schließt ganz Westpolen zu einer festen wirtschaftlichen Einheit zusammen, die vollständig der Verkehrsachse des Hauptes des der polnischen Regierung, vor allem dem Handelsminister Kwiatkowski, seit Jahren zugehört hat: die wirtschaftliche Entwicklung Polens nach Norden, auf die Ostsee hinaus zu orientieren und der heutigen, von West nach Ost gerichteten Wirtschaftstendenzen einen Riegel vorzuschicken. Kwiatkowski hat erst vor wenigen Tagen wieder die Bedeutung des Korridors für Polen betont; „Pomerellen, die hat er in einer Wortschatz Wahlrede gesagt, sei das Symbol der wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit Polens, nachdem der größte Schatz Polens Obererschleben ist, wo Polen diese beiden Gebiete entzogen, der vertrieben den polnischen Staat und richte das polnische Volk wirtschaftlich zugrunde; Polen werde seine teuer (mit dem Welt fremder Völkern) die Schmelz) erkaufte Freiheit mit ganzer Kraft verteidigen. Diese Freiheit wurde vor allem im Korridor und Obererschleben.

Die südlichste geradeste Expansionsstendenz Polens wird durch einen weiteren Plan, der dieser Gage bekanntgemorden ist, fortgesetzt und verstärkt. Polen beabsichtigt nämlich, von Söngen aus einen Eisenbahnerke über die Ostsee nach Schweden zu schaffen, also Konkurrenzunternehmen gegen den deutsch-schwedischen Eisenbahnerke Söhn—Ettelberg zu gründen. Polen will den Schwedenverkehr Rumänien, Ungarn, Österreichs und des östlichen Teiles der Tschechoslowakei von Deutschland abziehen und über seine eigenen Strecken leiten. Die „Kohlenmagistrale“ gibt diesem Unternehmen die ihm bisher fehlende Grundlage.

Was dieser Bahnbau für Deutschland, insbesondere für Deutsch-Obererschleben bedeutet, liegt auf der Hand. Ein Teil der obererschleischen Kohle nach den nördlichen Häfen ist bis in die jüngste Zeit hinein überdramatisch über Stettin gegangen; ein anderer Teil ist auf der deutschen Reichsbahn befördert worden. Was wird in absehbarer Zeit anders werden. Der Obererschleische und der Stettiner Häfen werden empfindliche Ausfälle erleben. Die Industriebetriebe Kattowitz—Söngen befeuert und befeuert den pommerne Kohlentransport so, daß der deut-

angigkeit vergrößert werden soll. Denn die Frankreich den Ausbau ihrer Eisenbahnen, seiner Industrie und ökonomischen Krieges in den deutschen Erbiten fortgesetzt hat, so wird auch die wirtschaftliche und militärische Aufrüstung Polens aus den Milliarden bezahlt, die Deutschland als Erbiten an seine Kriegsgegner entrichtet. Polen wird nicht in der Lage gewesen, den Bahnbau, der im Sommer vorigen Jahres aus Mangel an Mitteln vorübergehend hatte eingestellt werden müssen, zu Ende zu führen, wenn ihm nicht Frankreich die erforderlichen Mittel bereitgestellt hätte, um die Beibehaltung der Eisenbahnbau Deutschlands fortzuführen, die schon den Weltkrieg herbeigeführt, in Versailles ihre größten Triumphe gefeiert und auch nach Paris dazu bestimmt hat, Obererschleben zu zerstören, die Bildung eines baltischen Blocks unter polnischer Führung zu fördern, den Ausbau Söngens zu finanzieren und das deutsche Kapital aus der polnischen Volkswirtschaft zu verdrängen. Derartige Gedanken einer Einkreisung Deutschlands hat schon von der „Kohlenmagistrale“ mit französischem Mitteln und zur Übergabe dieser wirtschaftlich und strategisch gleich bedeutenden Strecke an französische Interessen geführt.

Es ist für die Mentalität der Polen überaus bezeichnend, daß die feierliche Eröffnung der „Kohlenmagistrale“ gerade am 9. November erfolgt werden ist, auf diesen feierlichen Tag der deutschen Geschichte, an dem die Macht des Reiches in Trümmer ging und die schwere Verlebensgeschichte des deutschen Ostens begann. „Polen magistrale“ mit französischem Mitteln und zur Übergabe dieser wirtschaftlich und strategisch gleich bedeutenden Strecke an französische Interessen geführt.

Es ist für die Mentalität der Polen überaus bezeichnend, daß die feierliche Eröffnung der „Kohlenmagistrale“ gerade am 9. November erfolgt werden ist, auf diesen feierlichen Tag der deutschen Geschichte, an dem die Macht des Reiches in Trümmer ging und die schwere Verlebensgeschichte des deutschen Ostens begann. „Polen magistrale“ mit französischem Mitteln und zur Übergabe dieser wirtschaftlich und strategisch gleich bedeutenden Strecke an französische Interessen geführt.

Ostland-Kultur

Beilage zum „Ostland“, Wochenschrift des Deutschen Ostbundes E. V.

Nr. 16. - 11. Jahrg.

Nach Ostland wollen wir reiten!

14. November 1930.

Wie feiern wir unsere Feste?

Von Georg Röhr, Vorsitzendem der Ortsgruppe Radken des Deutschen Ostbundes.

Der Deutsche nimmt das Leben, wie man sagt, in allem viel zu ernst. Selbst das Zeitalter der Industrialisierung verleiht diesen Grundzug nicht. Denken wir doch nur an den Sinn für deutsche Wertarbeit, und vergleichen wir damit etwa die amerikanische Art zu produzieren.

Von tiefstem Ernste oder sind wir nicht nur bei unserer Arbeit erfüllt; denn ebenso ernst ist es uns auch um unsern Feiern. „Wir müssen

Schmerz, das uns unter ihm zu tragen bestimmt ist. „Ein Volk, das den Begriff der Pflicht eben lange vor Kant, so vom Herzu, nicht vom Verstande aus, sich zu eigen machte, mußte um so mehr unter den Konflikten leiden, in die oft Pflicht zu Pflicht tritt.“ Darum aber bewachte sich auch kein Volk so sehr wie das unsrige den weitreichenden Blick für die tragischen Verkettungen, wie sie im Bereiche



Der schöne Osten: Die Marienburg von der Regatssteile.

mit dem Herzen feiern, was wir mit Hirt und Händen geschaffen haben.“

Wenn uns etwas mit dem, was unser Volkstum, unsere Volksart ausmacht, verbindet, so ist es das „mythische Verlangen“, unser kleinliches Leben an einem großen wesentlich zu machen. Wir brauchen einen, den wir ehren können. Wenn wir also in Feiern und Feiern das Göttliche gefeiert wollen, so kommt es uns dabei nicht auf die interessanten Handlung, sondern vor allem auf die von tiefster Demut getragene Verehrung des unsrer Geschichte Verkündenden an, damit wir dadurch die Gnade der Heiligung erfahren, und so wird unsere religiöse Feiern zum Symbol erhebendes Leben.

Dieses Lebensgefühl, die Dinge der Welt durch gläubigen Dienst zu heiligen, hatte schon das Rittertum. Das Regenbild eines tugendhaften Ritters aber gilt gerade in unseren Tagen wieder als Symbol deutschen Wesens. Ich denke hier beispielsweise an die hehre Gestalt des Ritters St. Christophorus, der einen Juch, dem er seine Dienste erweisen und dem er zugleich Ehre sollen können. Kein Dienst ist dieser Ritterschaft zu teuer. Über alles, was in der Welt als ernst und mächtig gilt, was die Masse beherzigt, vermag seinem Wunschbild nicht standhalten. So wechelt unser Ritter unentwegt den Dienst, bis er einem lieblichen Kinde — in jenseitigen Händen die Allmacht Gottes — begegnet, und da beugt sich der Unbesiegt in Ehrfurcht vor dem reinen Kinde zu Dienst und Feiern.

Es muß also als Wesensmerkmal für rechtes Feiern gelten, daß wir uns nicht zu diesem Ein bitten oder zwingen oder durch Stimmungsandrücke und Raffiniertheit der Mittel dazu verführen lassen dürfen. Wir sollen es uns dabei auch nicht so leicht werden lassen. „Wer zu feiern versteht, läßt einen Wandlung stets unangelegt.“ Wo das Sinnliche uns in Stimmung versetzt, da ist es alle unsere Sinne bestimmen zur Besinnung auf den Dienst am Göttlichen; wo das Verste, Gefährliche, das Weiche und Strauchliche uns bindet, da mache es uns nicht „leisig-lässig“, sondern jagele in unserm Wunschbild alle das

feiner Sage und Geschichte mit unheimlicher Unerbittlichkeit gestaltet sind.

Sprechen wir nun dem „Gestalten“ eines Festes, so wollen wir dadurch zum Ausdruck bringen, daß das Wesentliche in uns auch im Feiern seine besondere Ausprägung finden soll. Das Wesentliche eines Festes ist seine Seele. Einblick in die Volksseele aber gewähren die Wunschbilder des betreffenden Volkes. Feiern und Feiern, die eine Verbindung mit diesen Wunschbildern seines Volkes nicht in irgendeiner Art haben, sind keine. So müssen wir eben bei allen Erscheinungsformen unseres Lebens auf dieses Wesentliche leben; denn aus diesem Wesen, aus solcher „Welt-Anschauung“ formt das Seelische seine unverlierbare Gestalt im Kunstwerk.

Wert und Wesen deutschen Feiern begreift man nur aus der Wertung deutscher Schaffensart und deutscher Rechtschaffenheit. Wenn wir heute in Spiel und Feiern neue Volksbildung erleben lassen wollen, so heißt das zugleich die Verpflichtung übernehmen, sich zur Volksart zu bekennen und sie in sich erneuern zu wollen. „Entweder das Volk in uns oder kein Volk.“ Wenn wir aber wollen, daß Volk werde, so ist es unsere Aufgabe, selbst erst einmal unsere Auffassung von der Arbeit wieder zu weigern. Erst wenn unser Wirkungskreis von unserm Lebens- und Wertgefühl neu ausgefüllt und wieder als ein Verbindendes von uns wird gebildet sein will, werden wir zu neuen Formen wesensentfesselter Feiern kommen, zu neuen gleichwertigen Sitten und „Bräutern“.

Wenn es in Feiern und Brauch ein Unveränderliches und Gemeinsameres gibt, so ist es das einer ungeführten, gesinnungsmäßigen Übereinkunft, die sich die Aufgabe gestellt hat, dem Wert „kämpferischer und milder Lebensverbundenheit“ gemeinsam zu bieten. Unsere Feiern, die nicht an dieser Übereinkunft teilnehmen, sind für uns völlig wertlos, und mögen sie erst noch so gutes Programm, noch so erhellende Kräfte zeigen. Das Leben des 20. Jahrhunderts, das uns die Lebensform des ständeligen, des Entwurzelten, des auf Weltverkehr und

technische Beherrschung der Welt eingestellten Menschen vor Augen führt, muß in seinen Werten und Wünschelungen nur erobert werden, nämlich in der letzten Form, Sitten und Charakter eines neuen, geläuterten Lebensgefühls. Doch muß dieses Lebensgefühl am alten unzerbrechlichen Felsblock jenseitiger Verbundenheit seinen Wert finden.

Das Wertgefühl für das Seelische geht einem Gefühle verloren, wenn es nur die äußere Fülle des Lichts; denn große Weltbilder erfährt es dann nicht mehr. „Das Gefühl ist dann nur Licht, daß die Seele füllt, was wir Volk nennen, in Frage gestellt wird. Man rennt da 3. B. vom Selt zu Selt, notiert in Gabeln den Kurs der Veiligung und führt den Veiligungsrekord der Arbeit zum Veiligungsrekord der Seellichkeit. Der Veiligung aber Trümpf. Was werden von neuen Einsichtigen auch noch Stunden der Stille, Selb des Herzens“ gefordert. Leider werden solche Veiligungen aber auch schon nur zu leicht zu neuen Unseligkeiten ausgebaut.

Da ist es daher mit Freud zu begrüßen, daß sich bald nach dem Weltkriege vor allem jugendliche Menschen fanden, die diese Entbehrung des Lebens nicht länger zu ertragen schafften. Sie fanden den Weg zu den Altordnern zurück und lernten Ehrfurcht haben vor dem, was unsere Vorfahren in ihren Tugenden, Tugenden und Spielen Lebensrecht und Lebenswert bedeutete. Die Jugend von heute hat erkannt, wie „das Wesen jenseitiger Bindung Zeiten, Modernitäten und Volkserfahrungen überdauert“, und sie hat den guten Sinn, daß mit einer Wiederanknüpfung an deutsche Art, gerade in den Stunden des gelassenen Lebens, der heutigen Entartung des Lebensgefühls allein begnügt und widerstanden wird.

Es sei nun die Aufgabe des Menschen unserer Zeit, „der in Stunden- und Bildungsereignissen um ihren Wirklichen und um ihren zeitlichen Ausdruck ringt“, daß er zunächst sein natürliches Leben mit all seinen Wirklichkeiten zwischen Welt und Grund in Zeit und Seier wieder jenseitig zu machen sucht. Dann wird ein bedeutungsvolleres Erleben jenseitiger Familienförmigen Verbundenheit erst das Erlebnis dessen werden, was es über die Wirklichkeit des täglichen Lebens hinaus zu feiern und zu jenseitigen und geistigen Bindungen zu gestalten gibt.

Wir wissen nun, um was es bei der Gestaltung unserer Seite geht: nicht Wirkung, sondern Wirklichkeit zu suchen. Das ist das erkrankenswerte Ziel. Weihen Väter oder müssen wie befristet, wenn er zur Erreichung dieses angestrebten Zieles führen soll? Das ist die entscheidende Frage, die gleich schon oft aufgeworfen wurde und die auch schon so oft manche unserer Ortsgruppen der ihren Versuchungen an unsere Kulturvergangenheit gerichtet haben. Wir waren dann auch jenseitig in der Lage, solchen Seelstücken, denen es, um ihre Seier wirklich ernst zu machen, einige Hülfsmittel zu nennen, aus denen sie das Verantwortliche am Selt des Menschen erleben konnten, und doch diesen die Schriften in der Mehrheit noch fühlbare Mängel auf. Diesen Büchern, deren Inhalt jenseitig nur auf Geliebten des Lebens, begnügt durch Lebensart, Konfession, Selbinnung oder Vandschaft, zu-

jammengetragen ist, fehlte die Einordnung in das Gesamtbild des Lebens.

Im neuen Werk: „Das Buch von Selt und Seier“ von Bruno Solomki aber legt uns der Wühnenklubhunderter, Berlin SW, nun einen solchen, wirklich sehr zu empfehlenden Ratgeber vor. Dieses Buch ist für unsere Zeit, wenn sie tatsächlich im Sinne der vorstehenden Ausführungen gehalten werden sollen, gar nicht mehr zu entbehren, und seine Anschaffung kann unsere Ortsgruppen nur dringlichst empfohlen werden. Preis 2,80 M. Der Verfasser ist bemüht, in seinem Buche nicht nur die Forderung der Verrichtung und Ausweitung aller lebendigen Ausgangspunkte, von denen her man zu rechten Seier kommen darfzulegen. Er zeigt daher im praktisch ausführenden Teile seiner Schrift, daß man nicht vom Stofftrieb, dem Kunst und Spiel aus bieten, ausgeben soll, sondern daß man heute den anderen Weg beschreiten, nämlich den vom Leben aus wählen muß. „Es besteht in dem Werke daher auch nichts von „Rezepten des Kochbuchs“ an, wie dies manchmal einem anderen Ratgeber eigen ist, sondern es sollen hier nur wieder „die Strömungen des Lebens zum Kaufmann gebracht werden, aus denen der Mensch in gewissen Stunden Gnade und Antrieb zu höherem Sein schöpft!“

So rücken in diesem Buche Zeit und Seier als ein brennendes Bildungsproblem für uns in ein ganz neues Licht. Es geht hier nicht um eine Zusammenfassung von neuen theoretischen Lehren als Ergänzung zu dem, was wir aus dem Seier schon gelernt haben, sondern es geht vielmehr um eine allererste erzieherische Verantwortung im Seeligen wie im technisch Normale, die mit jenseitiger Solidarität aus dem Gefelichen durch Seier bereitgestellt wird. Auf diesen Grundgedanken, mit denen sich der theoretische Teil befaßt, baut der Verfasser dann in seinem praktischen Teil für das Familienförmige, das Kirchenförmige und das Seeliche in Selbstverpflichtungen verbundene Lebensgemeinschaften und -haltungen auf. Gestaltetes Leben, von der Gemeinschaft des Kindes bis zur Gemeinschaft des Volkes auf. Hierbei werden für den, der zu lesen versteht, d. h. dem Seier Erarbeitete bedeutet, die Wege zu einer umfassenden lifestlichen Beratung für Spiel, Veil, Tanz und alle erforderliche Väter zur Eigenregulation von Seien gemeint. Es ist das ein Buch, das nachdrücklich macht und, wo man ernsthaft mit ihm arbeitet, zur Selbständigkeit erzieht.

Es gilt als Grundlage und Ergänzung einer größeren Reihe von Sonderbüchern, die die Gestaltung von Zeit und Seier für die besonderen Wirkkreise des Menschen (für das Selt der Familie, der Schule, des Berufes, metaständlicher Verbundenheit) unter Mitarbeit führender Volksbildner behandeln werden.

So mag der Wunsch des Verfassers, daß das Büchlein allen denen, die um mehr Volksbildung in den seelischen Seien ihres Lebens ringen, willkommen sein, erfüllt werden. Es füllte sich. Wenn dabei dem einen oder anderen aufsteht, daß dieses Buch ihm das Ringen nicht leichter macht, sondern schwerer, so hat es seine Aufgabe erfüllt. Es soll ja seinem Ziel nur dazu beitragen, den Sinn dafür, daß gekämpft werden muß zu Glück und Seier des Lebens, möglichst vielen mitzuteilen!

Erinnerungen an den polnischen Zustand in Posen.

(Schluß.)

Von Schriftsteller Hugo Sommer, Berlin-Friedenau (früher Posen).

Erzählen fürchten die Polen noch immer ein militärisches Eingreifen Deutschlands, weil nach ihrer Berechnung am 19. Dezember in Posen und Umgegend noch 12 000 Mann Wehrdienst leisten mußten, ferner weil sie mit ihren Maßnahmen noch nicht fertig waren, weiter noch immer die polnischen militärischen Organisationen und Skolks verlagten und endlich „die polnischen Regionen allerdings nicht daran dachten, demselben einzuschreiten, da sie in Kongresspolen selbst genug Arbeit hatten“.

Die Polen konnten sich rühmen, in Posen am 23. Dezember „130 Garteierte und 2000 auf jeden Tag zum Kampfe bereit“ zu haben. „Wehrdienst sorgten sie auf für Wollfen“ (wie Hapowski berichtet); „man kaufte ihnen sogar zum Wehrdienst kommen dürfen; denn die Atmosphäre war schön!“, so berichtet Hapowski. Koronty aber erzählt hierüber noch folgendes: „Man mußte nicht, ob Paderewski allein oder auch mit einer Abteilung der Truppen Hallers ankommen werden.“ Das Kommando ordnete mich nach Danzig zur Begrüßung Paderewskis und zu seiner Begleitung auf der Reise nach Posen ab. Wir reisten nämlich nicht nach Danzig, sondern nach Paderewski, zum nach Posen kommen werde. Im Wehrdienstband traf Paderewski mit seiner Gattin in Begleitung zweier englischer Offiziere, Wade und Rowlings, auf einem englischen Schiff im Danziger Hafen ein. Am zweiten Weihnachtsfesttag stiegen wir alle in einen Zug und machten uns in Richtung Posen auf den Weg.“

An Berlin hatte man beschlossen, Paderewski, der „von Willson für eine leitende Stelle im neuen Polen aussersehen war“ (einseitig

Polen spotteten allerdings über den von ihnen so genannten „griek“ (Sielmann) und die Offiziere der englischen Mission nicht nach Posen hineinzuweisen, sondern sie über Thorn direkt nach Warschau zu senden. Die deutsche Militärbehörde in Posen erhielt daher am 26. Dezember folgende Drabingung:

„Generalstab Berlin 2 Uhr. Herr Paderewski trifft heute mit seiner Frau in Begleitung eines englischen Kapitän in Posen ein. Die Herrschaften sollen auf dem Bahnhof in Empfang genommen und ihnen mitgeteilt werden, daß die deutsche Regierung auf Erläuterung der englischen ihnen freien Geleit bemilligt hat, aber nur von Danzig nach Warschau und nicht nach Posen. Auch bittet die deutsche Regierung die Offiziere der englischen Mission, sich nicht nach Posen zu begeben. Verbündert werden muß, daß sie in die Stadt kommen und daß eine Ovation stattfindet. Nach Mitteilung des Generalstabs in Danzig soll der englische Kapitän ein vernünftiger Mann sein, mit dem sich reden läßt. Solls es nötig ist, soll den Herrschaften ein Sonderzug bis Alexandrowo zur Verfügung gestellt werden. Um Nachricht über den Verlauf der Sache mich geben.“

Auch das Auswärtige Amt gebot in einer Drabingung, die Güte möchten nämlich, aber energigig „abwarten“ werden; man darf sie nicht in die Stadt lassen, sondern mittels Sonderzugs über Alexandrowo nach Warschau abschieben.

Was geschah aber? — Koronty berichtet: „Im Sinne dieser vorstehenden Drabingung erschien auf einer der größten Stationen der Posen in ihrem Abteil ein Deutscher in Zivil, der sich als Oberst des preußischen Heeres und Abgeandeter der Berliner Regierung vorstellte. Er begann mit dem Sollen einer salbungsvollen Rede für Paderewski, um Aufträge der deutschen Regierung habe er die Ehre, den großen Künstler und großen politischen Patrioten zu begrüßen und ihn zu begrüßen...“ Doch bittet die deutsche Regierung Paderewski, nicht nach Posen zu fahren, vielmehr möchte er den zu seiner Verfügung stehenden Zug benutzen und über Thorn — Alexandrowo nach Warschau fahren. Es folgte eine kurze Beratung. Durch die Forderung des Drabingung wurde die Reagier bei den Engländern in hohem Grade erweckt. Ich erklärte ihnen, was der Abgeandeter der deutschen Re-

Durchführung der Offhilfe.

Offfragen im Landtag.

Am 10. November beriet der Grenzsausschuß des Preussischen Landtages über eine Reihe von Anträgen und Eingaben, die den Offnen betreffen. Dabei kamen mehrfach allgemeine Offhilfsfragen zur Behandlung, die der Beachtung wert sind. Der Abgeordnete Pilschke berichtigte darüber in der „Frankfurter Ober-Zeitung“ (Nr. 26):

„Der Ausschuss standen ein Antragstag und Genossen, der eine Förderung der Betriebsanstaltungen, namentlich der Eisenbahnen in der nördlichen Grenzmark forderte. Der Antrag entsprach nicht mehr ganz der heutigen Lage. Er setzte voraus, daß das Programm der Reichsregierung inoffiziell ist. Das Programm wäre die Bahnstrecken Schwärz (Warthe)-Kreuz und Vindens-Pr.-Friedland-Bischofsauße zu bauen gewesen. Er forderte außerdem hinaus die vorzugsweise Berücksichtigung der Wabstrecke Jastram-Vandek-Bischofsauße. In der Besprechung gab der Vertreter der Regierung kund, daß in dem Programm für das Jahr 1935 im ganzen 10 Millionen Mark für Betriebsanstaltungen im Offnen vorgesehen seien. Das Programm sei aber nicht vom Ministerrat angenommen worden. Wodurch ist die Angelegenheit verjüngt. Die Reichsregierung habe auch für das Jahr 1935 erneut eine Summe in Aussicht genommen. Sie betrage aber, so sich die Höhe von 10 Millionen werde aufrecht erhalten lassen. Wenn die Reichsregierung ihren Plan zur Durchführung bringen würde, hänge für das nächste Jahr eine Summe von rund 20 Millionen für Betriebsanstaltungen im Offnen an der Verfügung. Sie müßte in der Arbeitsmarkt möglichst zu beleben. Die Regierung sei ferner auf ganz bestimmte Anträge hin in Ermüdungen und Prüfungen eingetreten, ob die geforderten Schienenwege (Eisenbahnen) besser durch Kraftlinien ersetzt werden könnten. Die Preussische Regierung sei aber zu der einstimmigen Ansicht gekommen, den Eisenbahnen den Vorrang zu geben. Die Verhandlungen mit dem Reich seien darüber nicht abgeschlossen.“

Dem Ausschuss wurde beobachtet, daß die mehr als brennende Angelegenheit der Grenzlandbahn sich so lange verzögere. Der Ausschuss stellte ferner in voller Einmütigkeit fest, daß den Grenzgebieten mit Kraftfahrwegen nicht gebietet sei. Sie kämen für große Durchgangslinien, wie sie die Strecke Schwärz (Warthe)-Kreuz im Ausbau ergeben soll, überhaupt nicht in Frage. Auch für die anderen Strecken sei es nicht geeignet. Es handle sich dort um die Verfrachtung von Massengütern: Holz, Getreide, Zuckererbsen, Kartoffeln und Vieh, für die wir eine Kraftlinie noch nicht denken könnten. Der Ausschuss forderte die Staatsregierung darum auf, in den Verhandlungen mit dem Reich unbedingt auf der baldigen Durchführung der geforderten Verkehrsleistungen, und zwar als Eisenbahn, zu bestehen. Der Antrag wurde mit einer kleinen Änderung einstimmig angenommen. In dem Antrag lagen dem Ausschuss ein Antrag Pilschke vom 26. Juni und ein Antrag Riedel vom 12. Juli d. J., der beide im Wortlaut verlesen wurden, schließlich aber auf daselbe hinausliefen. Sie forderten, daß bei der Vergabe von Arbeiten aus öffentlichen Mitteln mit Rücksicht auf die großen wirtschaftlichen Nöte der Grenzgebiete, die Arbeiten in allererster Reihe an Unternehmungen der Bezirke selbst, und zwar in Holz- und Teielfasen ausgehen werden sollen.

Der Vertreter der Regierung wies darauf hin, daß die Preussische Staatsregierung bereits die Forderungen aus den Anträgen geogen habe. Sie habe in einem Erlass vom 21. August d. J. bereits die Anweisung hinausgehen lassen, die Arbeiten in den Offgebieten in erster Reihe an das heimische Gewerbe zu vergeben.

Der Ausschuss gab sich mit dieser Erklärung nicht zufrieden. Er wies an Beispielen nach, daß man sich auch heute noch darüber einmüßte. Die Statistik des Reiches beweise das. Auch heute noch kämen Vergabungen in größerem Umfang noch immer an große auswärtige Firmen gar zu häufig vor, auch wenn in dem Baubetriebe leistungsfähige Firmen vorhanden wären. Dadurch würde der Sinn der Offhilfe umgangen. Ferner müßten die Verfügungen an Material und Schenmitteln den Bedingungen der Wirtschaft der Grenzgebiete abekent. Die vorliegenden Erhebungen des Reichswirtschaftsministeriums über die Vergabe der Aufträge des Reiches und der Länder bekräftigen selbst in ihrer unzureichenden Form diese Behauptungen. Es fand einstimmige Mithbilligung, daß 1. B. bei der Vergabe von Fleisch-, Obst- und Gemüsekonzentration die öffentlichen Provisionen keine Berücksichtigung gefunden bösen. Der Ausschuss mußte auch gegen die Berücksichtigung des Ablasses hier noch häufig verfahren. Schließlich wurden die Anträge angenommen. Danach soll auf die Reichsregierung eingewirkt werden:

1. Die öffentlichen Erhebungen über die Aufträge des Reichs und der Länder zu vereinfachen und auszubauen und durch Einbeziehung der Gemeinden und Gemeindeverbände eine vollkommene Übersicht über die Auftragsverteilung durch die öffentliche Hand zu gewinnen.

2. Die bisher offenbar nicht genügend berücksichtigten Arbeitsmarkt- und Grenzfrage der einzelnen Bezirke bei der Vergabe der Aufträge durch die öffentliche Hand ausgiebig Rechnung zu tragen und dadurch den besonderen wirtschaftlichen Notizen der öffentlichen Grenzgebiete härter gerecht zu werden.

3. Entschlossen auf die Staats- und Kommunalbehörden und die größeren öffentlichen Betriebe einzugehen, bei den öffentlichen Stellen auch in der Richtung, daß sie Arbeiten aus öffentlichen Mitteln in den Grenzgebieten des Offens möglichst an das einheimische Gewerbe,

und zwar in Holz- und Teielfasen vergeben werden, damit auch die kapitalschwächeren Unternehmer sich an den Ausführungen der Arbeiten beteiligen können.“

Während der Verkehrsverhältnisse gelangte ein Antrag zur Annahme, wonach geprüft werden soll, ob wirtschaftlichen Erschließung der nördlichen Grenzmark das schon seit 1912 verfolgte Bahnaufbauprogramm in der Ost- und Nordost-Offhilfe als ein wirtschaftlich zweckmäßig sei.

Hilfe für die Ostseebräugten.

Der Grenzsausschuß des Preussischen Landtages beriet am 11. November weitere Maßnahmen für die Grenzgebiete. Annahme fand zunächst ein beschleunigter Antrag, wonach das Staatsministerium ersucht wird, zu prüfen und mit der Reichsregierung in eine Vereinbarung darüber einzutreten, ob im Rahmen des Offprogramms nicht Mittel ausgemottet werden können, um den durch Vertreibung aus den abgetretenen Gebieten wertvolles gewordenen Deutschen durch Gewährung billiger Kredite und nötigenfalls durch Vorkaufsmitteln die Wiedererlangung einer wirtschaftlichen Existenz zu erleichtern.

Das einen vom Ausschuss angenommenen Ergänzungsantrag soll ferner geprüft werden, ob es sich empfiehlt, in die Richtlinien für die Verteilung von Betriebsverwaltungsgebieten eine Bestimmung aufzunehmen, wonach den Betriebsinhabern die Auflage gemacht werden soll, keine ausländischen Wanderarbeiter zu beschäftigen, vielmehr vorzugsweise verdrängte Deutsche einzustellen.

Erreicran über die Offhilfe.

In einer Unterredung, die der Reichswirtschaft für die Offhilfe, Minister Erreicran, gelegentlich einer Anwesenheit in Oberschlesien einem oberbeschlößlichen Journalisten gewährte, führte er in bezug auf die Offhilfe aus, daß die Roterordnung sie auf die technische Durchführung des Wirtschaftsausgleichs zwischen den landwirtschaftlichen Schuldnern und ihren verdrängten Gläubigern begrenzt. Das Offhilfegesetz ist infolge der Wirtschaftslage nicht verabschiedet worden. Die Journalisten haben sich die Einzelheiten des Reichs und die Auswirkungen auf eine Anleihe im Ausland berat verabschiedet, daß diese Folgen der Reichstagsauflösung nicht von heute auf morgen zu überwinden sind. Die rein technische Durchführung der Umwandlung verdrängter Betriebe könne natürlich nicht der letzte Sinn der Offhilfe bleiben. Vielmehr soll nach den Organisationsverordnungen eine gemeinsame Politik aller Stellen unter gesamtdeutschen Gesichtspunkten durchgeführt werden.

Die Voraussetzung für jede weitgehende Sonderaktion für Industrie, Handel und Handwerk des Offens bezeichnete der Minister die Berücksichtigung des Gesundheitsprogramms der Reichsregierung, das in den nächsten Wochen im Einvernehmen mit den Völkern Geseftkraft erhalten solle. Angriffslust wird vorerhand die Hebung der Vertreibung der Wirtschaftslage, insbesondere wie sie aus der Bracht und Vergütung hervorgeht, und besondere Förderung der notleidenden Wirtschaft durch Beschaffung von Arbeitsaufträgen. Die Aufnahme fremder Gelder wurde auch hier in großen Maße von dem Ausstieg der öffentlichen Haushalte abhängig, ohne den kein fremder Geldgeber neues Vertrauen in die deutsche Wirtschaft leben werde.

Trachsenkung für die Grenzkreise.

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. Juni 1930 ist, wie amtlich mitgeteilt wird, zur Beförderung der Wirtschaftslage in den besonders trachtungsünftig gelagerten Grenzgebieten am Reichsrand der Reichsregierung ein Sondergesetz eingelegt worden, welche die Erhaltung von Trachten für Wagenladungs- güter zum Ziele hat. Das Gebiet erstreckt sich räumlich auf die fünf ostpreussischen Grenzkreise Witom, Pauerburg, Kummelsburg, Stolp (Stadtkreis) und Stolp (Landkreis) und auf die beiden grenzmärklichen Kreise Sileben und Schichau.

Der Sitz der unter Aufsicht des Regierungspräsidenten in Köslin stehenden Trachtenerhaltungshalle ist Stolp. Sie wird von dem Syndikus der Industrie- und Handelskammer in Stolp i. P. geleitet und im Gebäude der Industrie- und Handelskammer in Stolp i. P., Bismarckplatz 19, gemiessen für die genannten sieben Kreise eingerichtet.

Schließlich erstreckt sich die Rückerstattung prozentualer Anteile der Eisenbahn- und Kleintrafen hauptsächlich auf landwirtschaftliche Erzeugnisse, jedoch konnten auch einige gemerbliche Erzeugnisse einbezogen werden. Die Stadterhaltungsgelbst rückwirkend bis zum 1. Oktober 1930, für Rumpfbörzen vom 16. August 1930. über Einzelheiten des Verfahrens gibt die Industrie- und Handelskammer Stolp auf Wunsch Auskunft.

Bis zum müssen Rubenstellungen auf unser „Offbau“ für den Monat Dezember aufgegeben werden. Bei später erfolgten Befestlungen ist eine Sonderbezug von 20 Off zu zahlen. Der Bezugsp. für 1 Monat beträgt 0,50 Off. (ohne Zurellungsgeb.)

20. Nov.

Beamtenträger.

Die Hauptversammlung der Beamtenschaft des Deutschen Ostbundes

(Vand der Kommunalbeamten und Angestellten aus dem abgetretenen und besetzten Gebiet)

Jand Sonntag den 2. November in Berlin in den Akademischen Bierpabn, der Vorländer, Stadtbauinspektor Schmidt, Stettin, begrüßt die Versammlung und überreicht die Beschlüsse des Ostbundespräsidiums. Bei Eröffnung des Geschäftsberichts wird bekannt, daß der Herr Reichsminister der Finanzen einer Beamtensitte eine einmalige Unterstützung von 150 M. bewilligt habe und daß der Magistrat Berlin nicht abgeneigt sei, für sorgerechtigste Beamte der unteren Besoldungsgruppen in den vorsehreibenden Prüfungen zuzulassen, damit die Voraussetzungen für die Eingruppierung in höhere Besoldungsgruppen gegeben sind. Den verdrängten Kollegen in Berlin wurde anbegehrt, sich nach Vorbereitung zu den Prüfungen zu melden.

Bei Eröffnung des Geschäftsberichts wurde ein umfassendes Bild von der Tätigkeit und den Leistungen der Beamtenschaft des Deutschen Ostbundes gegeben. Das Hauptinteresse beanspruchte der Bericht über den vom Ostbunde angeregten Prozeß gegen den Preussischen Staat auf Zahlung von Unterhaltungsbeiträgen (aus Staatsmitteln) an Kommunalbeamte, die infolge ihres vorgerückten Alters eine geringere bezahlte Stelle angenommen haben und, annehmen mußten. Das Volksschullehrer haben in einem ähnlichen Prozeß vom Reichsgericht ein obliegendes Urteil erteilt. Die Klage ist in erster Instanz vom Vndergericht in Berlin abgelehnt worden. In der Urteilsbegründung wird ausgeführt, daß aus dem Beschluß des Preussischen Staatsministeriums, auf dem die Klage sich stützt, zwar Rechtsansprüche der mittelbaren Staatsbeamten hergeleitet werden können, daß der Beschluß durch das Unterrichtsgelehrte aber überholt sei. Demnach seien die Ansprüche nach diesem Gesetz zu regeln. Der Prozeß wird weitergeführt. Jetzt hat sich das Reichsgericht damit zu befassen, weil mit Rücksicht darauf, daß eine neue Beweisaufnahme nicht erforderlich erscheint, das Rommergericht die Kompromittierung werden konnte.

Über das Revisionsverfahren berichtete der Sachmeister, Herr Stadtbauinspektor Hinzpeter. Der Rechnungsprüfungsbericht erstattete die Kollegen Obersekretär Stroh und Verwaltungssekretär Reulst. Im Revisionsbericht wurde ganz besonders um Ausdruck gebracht, daß eine große Anzahl Mitglieder mit der Zahlung der Beiträge in Verzug geraten ist, so daß die rückständigen Beiträge fast auf zwei über 1000 M. betragen. Auf Grund des Revisionsberichts wurde dem Ostbundespräsidium eine entsprechende Entschuldigung erteilt. Hiermit hat die Kasse für das alte Verzeichnis beendet. Herr Stadtbauinspektor Anders, Berlin, übernahm als stellendes Mitglied der Beamtenschaft den Vorsitz zwecks Durchführung der Vorstandswahlen. Gewählt wurden: Stadtbauinspektor Oskar Schmidt, Stettin, als 1. Vorsitzender; Bürgermeister Pöschel, Berlin-Steglitz, als 2. Vorsitzender; Bahnhofsleiter Siegmund, Berlin-Reinickendorf, und Stadtbauinspektor Pögnert, Berlin-Pankow, als 1. und 2. Schriftführer; Stadtbauinspektor Hinzpeter, Berlin-Charlottenburg, und Verwaltungssekretär Otto Rosenberg, Berlin-Schöneberg, als 1. und 2. Sachmeister; Stadtoverwaltungsdirektor Gaff, Oberwalde, Stadtbauinspektor Haupt, Berlin-Pankow, und Verwaltungsobergehilfe Schetflocke, Berlin-Charlottenburg, als Beisitzer.

Über die Unterbringung des Vermögens der verdrängten Beamten und nichtfürsorgeberechtigten Angestellten berichtete der 1. Vorsitzende. Der Herr Vorsitzende erklärte, das Ansehen ist geboten worden, dem Preussischen Landtag eine neue Gesetzesvorlage zu übermitteln, um zu erreichen, daß die Unterbringung der nichtfürsorgeberechtigten Beamten und Angestellten im Zwangsverfahren durchgeführt wird, da die Kommunalbehörden es ablehnen, nichtfürsorgeberechtigte Beamte und Angestellte zu übernehmen.

Ferner berichtete der 1. Vorsitzende über die Wohlfahrtsarbeit der Beamtenschaft. Es heißt zu erörtern, daß auch in diesem Jahre den fürsorgeberechtigten Angestellten, soweit sie infolge des vorgerückten Alters nicht mehr untergebracht werden konnten, eine Weihnachtsbeihilfe aus Staatsmitteln gewährt wird. Bezüglich der Anträge sind möglichst umgehend der Beamtenschaft vorzulegen.

Zum Schluß wurde an die Versammlung die dringende Mahnung gerichtet, das „Ostland“ zu halten und zu lesen sowie die Beiträge pünktlich zu entrichten und die Bestellung der Ostbundeszeitschriften für 1931 sofort aufzugeben. Von den Versammlungsmitgliedern wurden 35 Kolonen sofort verlangt.

Die nächste Bundesversammlung findet anfangs Februar 1931 in Berlin statt.

Mit dem Abdruck des in der Hauptversammlung erstellten Jahresberichts wird in der nächsten Nummer des „Ostlands“ begonnen werden.

O. Schmidt, 1. Vorsitzender.

Entschädigungswesen.

Kursbewegung der Schuldbuchforderungen.

Seit unserer letzten Veröffentlichung der Schuldbuchkurve am 4. November d. J. ist wiederum ein Rückgang der Kurse, wenn auch in einem geringen Umfange, zu verzeichnen. Die Gründe hierfür liegen hauptsächlich in den Vorverkaufen der sogenannten Polenbüchden-Schuldbuchforderungen, von denen schon ein Teil in den letzten Tagen zur Entgegung in das Reichsbuch gelangte. Leider müssen wir immer noch die traurige Erfahrung machen, daß keine Stelle für um die Kurspflege der Schuldbuchforderung kümmert. Abgesehen von den Verlusten, die die einzelnen Geschädigten erleiden, wirkt sich der Rückgang der Kurse auch auf den gesamten Rentenmarkt aus, denn bei einer 12prozentigen Effektivverzinsung, die ein großer Teil der Schuldbuchforderungen für den Erwerb bietet, kann kaum eine Zinsverbilligung durchgeführt werden.

Am 2. November d. J. hörte man folgende unvorbildliche Verkaufskurse:

Alte Schuldbuchforderungen:

1931 98,5	1935 84,5	1939 71 1/2
1932 95	1936 80 1/2	1940 70,5
1933 93	1937 76 1/2	1941 69,5
1934 89,5	1938 73,5	1942 67,5
		1943/48 67,5 v. S.		

Neue (Polenbüchden-) Schuldbuchforderungen:

1939 ungefähr 70,5 v. S.

Wie aus vorstehender Kurzaufstellung hervorgeht, werden auf Beschluß des Vorstandsorgans die Schuldbuchforderungen, die auf Grund von Liquidationsbüchden zur Ausgabe gelangen, getrennt von den Schuldbuchforderungen abgesetzt. Es scheint dies jedoch nur eine vorläufige Maßnahme sein, da man erwartet, daß die Unterschiede, die in dem Vorfall der Fälligkeit in der Demnachrichtigung über die Entgegung in das Reichsbuch zu finden ist, ausgeglichen werden. Die Fälligkeit wird nämlich bei den alten Schuldbuchforderungen mit „bis spätestens 1 u. m.“ angegeben, während bei den neuen Schuldbuchforderungen die Fälligkeit mit einem bestimmten Termin bezeichnet ist, z. B. bei 1942 fällt alten Schuldbuchforderungen heißt es „fällig am spätestens zum 1. 1942“, bei den neuen Schuldbuchforderungen „fällig am 1. 1. 1942“.

Bei dieser Gelegenheit weisen wir erneut darauf hin, daß die Abteilung Geschädigtenhilfe des Deutschen Ostbundes die Verwertung und Verleiher von alten und neuen Schuldbuchforderungen zu verhältnismäßig günstigen Bedingungen durchführt.

Bundesnachrichten.

Die Ostbund-Totengedenkfeier im Berliner Dom.

Ein bedeutungsvoller Tag führt uns Ostmärker am 23. November, nachmittags 4 Uhr, im herrlichen Gotteshaus des Berliner Doms zu einer erhabenen Feierhandlung zusammen. Es gilt der Heimat zu gedenken und der lieben Toten, die in ihr ruhen, nie auch deren, die in heißem Ringen um Deutschlands Ehre und Freiheit den Heldentod erlitten. Vergessen werden wir nie niemals unsere erhabene Pflicht sei es, unserer Toten in Verehrung, Dankbarkeit und Liebe zu gedenken! Siefische Hände können die Gräber der toten Toten nicht schmücken; als äußeres Zeichen der Verehrung und bleibenenden Erinnerung soll die Gedenktaggedächtnisfeier im Berliner Dom bewirkt sein. Der Ostmärkerkultus steht der Heimat, die wir lieben, und den Sitten und dem Glauben unserer Väter. So oft wir diese Gedächtnisfeier besuchen, soll der Gedanke an die Toten in uns erwecken werden. Und je voller das Gotteshaus wird, desto stärker soll die Erinnerung an die unvergleichlichen Heldentaten dem Opferort der Toten und den Dank, den wir ihnen schulden, unsere Herzen erfüllen. Das Schenken an sie soll uns stärken in dem schweren Kampf, den wir unter der Fahne der Heimat mitzuführen müssen. „Mit unserer ganzen Kraft wollen wir an den Wieder Aufbau unserer lieben alten Heimat, unserer verlassenen Glücken gehen zum Wohl des Einzelnen und zum Wohlergehen des Vaterlandes.“

Möge das Gedächtnis an sie und das Gefühl emigen lieblichen Dankes für ihre Taten in unseren Herzen nie erlöschen!

Ausstellung und Lichtbildervortrag über den Osten.

In der Zeit vom Sonntag den 16. bis einschließlich Sonnabend den 22. November wird der Ostausstellung für Jugendpflege und Arbeitsübungen, Berlin-Mitte, im Gemeindefaule Neue Grünstr. 19 (Nähe Spittelmarkt) eine Ausstellung aus der Arbeit der ihm angeschlossenen Verbände veranstaltet. Der Ostbund, deren Ortsgruppe Berlin-Wald dem Ostausstellungsausschuss angehört, wird mit einem eigenen Ausstellungsfachstand vertreten sein und stärken in dem Ostland ihre deutschen Schrifttums zeigen. Der Eintrittspreis beträgt 10 Pfennig. Die Ausstellung ist täglich von 5 bis 10 Uhr geöffnet.

Am Wukosa, Mittwoch, den 19. November, wird Dr. Chiold abends 6 Uhr im gleichen Hause einen Lichtbildervortrag über die deutsche Ostmark halten, zu dem eine Gruppe der Kolonialpfadfinder ostpreussische Volksliebhaber fingen wird.

Der Ostbund hilft dir!

Wiltst Du ihm helfen? Dann wir Mitglieder für ihn und Leser für sein „Ostland“. Dadurch fördert Du wirksam unsere gemeinsame Sache.

Aus der Bundesarbeit.

Landesverband Berlin-Brandenburg.

Die Ortsgruppe Berlin-Nord hielt am 3. November ihre Monatsversammlung ab, die von Mitgliedern und Angehörigen der Besatzung war. Der Vorsitzende gedachte mit erheben Worten der Opfer der furchtbaren Grubenkollapstrophen in Alsdorf und der Seide Maybach, die in Ausübung ihres schweren Berufes ihr Leben lassen mußten. Die umfangreiche Tagesordnung betraf geschäftliche Mitteilungen, die Mitteilung neuer Mitglieder, Statuten und Jugendfragen sowie die Ausaufstellung der Entschädigungsfrage und das bevorstehende Weihnachtsfest der Ortsgruppe. Herr Oberhallreiter Boehrt, Friedensrichter, hielt einen Vortrag über die Freie Stadt Danzig. Der Vortragende schilderte in fesselnder Weise die Geschichte der fast tausend Jahre alten Stadt vom kaffabischen Fischerdorf bis auf den heutigen Tag. Wir loben im Geiste die altertümliche deutsche Stadt mit ihren schmalen Straßen, schmucklosen schönen Patrizierhäusern und altbewährlichen Kirchen; durchmarterte alte schöne Stadttore und gelangten endlich zum Hofen. Eine Scharf auf Mottlau und Weichsel brachte uns an alten Speichern, Redereien, der ehemaligen kaiserlichen Werft mit ihrem Riesekran, vielen Schiffen fremder Nationen und an der Welterplatte, auf der sich jetzt ein polnisches Munitionsdepot befindet, vorbei zur Mole mit ihrem Vorkantarm. Wir besuchten noch das Schloß und den herrlichen Park in Olsztyn, die Kirche des dortigen Sinfonieorchesterleiters und den dem Kaiser gewidmeten herrlichen Aussichtsturm der Danziger Wucht bis zur Insel Hela und Danzig hatten. Danzig, die „Freie Stadt“, bildet mit den drei Landkreisen Danziger Höhe, Niederung und Werder einen selbständigen, aber befriedeten, entmilitarisierten Staat, der unter dem Schutze des Völkerbundes steht, in das politische, Sozial- und Wirtschaftsleben einbezogen ist und im Völkerbund auch außenpolitisch nach Polen vortreten wird. Durch das Vorkantarm sind die beiden Städte durch einen Körper herausgeschnitten worden, um Polen den Zugang zum Meere zu sichern. Es leidet wirtschaftlich durch die Schaffung des politischen Konkurrenzabens Ödungen und dem Umflughafen in Dirschau und ist politisch sehr gefährdet. Für die Zukunft Danzigs gibt es nur eine Lösung: mit dem Korridor zurück zu Deutschland!

Ortsgruppe Berlin-Mitte. Die gut besuchte Mitgliederversammlung am 6. November im Cafe Baermer fand im Rahmen des Ehemals „Kaufmannsclub der Entschädigungsfrage“ gemäß dem Programm am 10. Oktober 1932. Nach einem Referat des Vorsitzenden folgte eine lebhaft Diskussions ein, in welcher ganz eindeutig die Forderung über die von unserer bewährten Ostbund-Zeitung eingeleiteten Schritte zum Ausdruck kam. Gerade in der jetzigen Zeit mit ihrer wirtschaftlichen ungeborenen Begrängnis, die innerhalb unserer Sühnlingskreise ganz besonders hart empfunden wird, erfordern es sich ein Einhalten in dem, was es wurde schließlich eine Resolution einstimmig angenommen, dahingehend, das Ostbund-Präsidium zu bitten, sich ganz besonders für die „Kleingeldbesitzigen“ bei einem etwaigen Uberschub der Entschädigungssumme einzusetzen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende mit warmen Worten der beiden Bergwerksunfälle in Alsdorf und im Saargebiet. Der Vorsitzende, Herr Arthur R. S., gab bekannt, daß der bisherige langjährige Vorsitzende der Ortsgruppe, Herr Günther D. J. H. K., sein Amt niedergelegt habe und dankte diesem auch bei dieser Gelegenheit nochmals für seine aufopfernde Tätigkeit. Er appellierte an die Mitglieder, weiter treu zum Ostbund zu stehen, denn nur wenn wir eine eigene, maßvolle Organisation darstellen, können wir Verwirklichung unserer gerechten Forderungen erleben. Aus der Verankerung kam deutlich zum Ausdruck, daß die sich mit dieser Auffassung vollkommen identifiziert und sie vertritt. Unverändert wurde beschlossen. Es wurde beschlossen, im Dezember eine Weihnachtsfeierung zu veranstalten; eine sofortige Sammlung ergab einen ansehnlichen Betrag. Zwei neue Mitglieder konnten begrüßt werden. Für die kommenden Monatsversammlungen sind größere Referate prominenter Persönlichkeiten in Aussicht genommen. Außerdem soll ein Werksausflug eingeleitet werden, dem die nächste Propaganda innerhalb der mit uns sympathisierenden Kreise zu betreiben.

Ortsgruppe Marinerberg-Sempthof. Am 6. November fand im Vereinslokal Welt, Sempthof, die sehr gut besuchte Monatsversammlung statt. Nach der Begrüßung durch den Herrn Vorsitzenden sprach der Forschungsreisende Friedrich Franz Hesse über das „Sonnenland Paragway“. Der Vortragende schilderte in überaus fesselnder Weise seine Ziele von Hamburg aus über den Atlantik nach dem Nezele, dem Südamerikanischen Freiland Paragway, der fast so groß ist, wie die Vereinigten Staaten und Einwohner hat. Das herrliche Land mit seinem für Europaer durchaus geländen Klima ist infolge seiner schwachen Bevölkerung noch sehr aufnahmefähig für arbeitskräftige Auswanderer und gestattet ihnen lieber bei persönlicher Eüchtigkeit gutes Fortkommen. Überall im Lande macht sich der deutsche Einfluß geltend, insbesondere auf dem Gebiete des Handels. Offerten in deutscher Sprache finden im Eingang. Der Herr Mariner hat einen Offiziersposten organisiert, der dem Verbleiblichen stütztes Nationalgefühl, das besonders im Größen der Sprache seinen Ausdruck findet, zeichnet die Bewohner aus. Hauptausfuhrprodukt ist die Gerbemasche. Die Anwesenheit lauteten gespannt bis zum Schluß den hochinteressanten Ausführungen des Vortragenden und spendeten ihm reichen Beifall. Herr Hesse hat sich

bereit erklärt, im Laufe des Winters noch einen zweiten Vortrag über seine „Erlebnisse bei den Maggot-Indianern“ zu halten. Auch stellt er sich gegen andere Ortsgruppen des Ostbundes zum Vortrage zur Verfügung. Er wohnt in Berlin-Steglitz, Uckerstr. 11. Krause.

Landesverband Freistaat Sachsen.

Die Ortsgruppe Leipzig veranstaltete am 21. Oktober d. J. im neuen Saale ihres Vereinesabens einen sehr eindrucksvollen Vorlesung „Ostbund und die Zukunft der Ostländer“ von Gülden und Mitgliedern war so stark, daß die Räume in kürzester Zeit ausverkauft waren. Herr Bundespräsident Dr. Rückert, Vertreter einiger benachbarter Ortsgruppen, sowie solche der hiesigen befreundeten Grenzlandverbände, die zum Teil in ihren maligen Heimatdörfern erschienen waren, wurden durch den zweiten Vorsitzenden, Herrn Dr. Jolowicz, herzlich begrüßt. Nach einer Sonate für Klavier und Violine: „Für den Ostpart (Sri. Dr. Biele und Herr C. Hoeslich), die meisterhaft vorgetragen wurde, hießung unser sehr verehrter Bundespräsident, Herr Dr. Rückert, durch hürken Befehl freudig begrüßt, die Redebeiträge. Sein Vortrag lautete: „Schicksal, Not und Zukunft des deutschen Ostens: S. O. S.“ Er führte noch eingehenden geschichtlichen Ausführungen den Anwesenden die Not der Ostmark vor Augen. Sehr zum Schluß tief begrüßter Hinweis, daß fast alle Ostens anleres durch den unglücklichen Friedensvertrag verlustigten Vaterlandes Grenzländer geworden sind, und daß Grenzlandnot Deutschland bedeute, rief alle Anwesenden zu voller Zustimmung hin. Der erste Vortrag, Herr Dümke, dankte dem dem Vortragenden für seine zu Herzen gehenden Worte, die jeder Deutsche beherzigen sollte, ebenso den übrigen an guten Sägungen die Rede der hiesigen Mitteilenden. Durch die Besorgung, die die Verammelten besonders auch den Grenzland Angehörigen, ergreifen hatte, sichle er sich veranlaßt, einen Zusammenfluß aller Grenzlandverbände in Leipzig anzugehen. Diese Anregung fand ihr Echo in den bescherten Ansprachen des Vorsitzenden der „Egerländer Gemeinde“, Dr. Jilfner, des Vorsitzenden der Heimattreuen Ost- und Westpreußen, Herrn Statrat Schmiedeknecht und des Vorsitzenden des V. D. M. Zum Erwidern aller Anwesenden konnte unser neues Mitglied, Herr Oberbürgermeister Dr. Goebel, nicht persönlich begrüßt werden; er ließ sich entschuldigen, da er durch wichtige Amtsgeschäfte leider behindert war. Ein Streichquintett „Es-Dur op. 97 von Ant. Dvorak (Herr Hoeslich, Fr. E. Mügge, Herr Dr. Stawig, Herr Dr. Jolowicz und Frau Gull-Straloff), wiederum in ganz hervorragender Form zu Gehör gebracht, folgte dieser Zeit. Abens des Festgessellen Zusammenflusses benedete die eindrucksvollen Vorlesung, in deren Verlauf unserm Landesverbandvorsitzenden, Herrn Oberlehrer Art, für seine zum Ostbund geschätzte Arbeit die silberne Ehrennadel überreicht wurde.

Landesverband Sachsen-Anhalt.

Ortsgruppe Eisenach. Am 5. November feierte die Ortsgruppe unter fast beispielloser Beteiligung der Eiseler Bevölkerung ihr 10. Stiftungsfest, und zwar in einem nur dem Ernst der Zeit entsprechenden Rahmen. Der Vorsitzende der Ortsgruppe, Studienrat Dr. Dielmanns (früher Pösel) und der Kulturpfleger Studienrat Dr. Sprackhoff (früher Bromberg) hatten, von dem Gesamtkomitee unterstützt, die Feierstunde aus belle vorbereitet. Beide Zeitungen der Stadt hatten einige Sage netter große, reich bebilderte Sonderbeilagen über die Ostnot und die Bedeutung der Ostfragen gebracht und in mehreren Himmeln auf die Seier aufmerksam gemacht, so daß der große Saal der „Kerolle“ mit allen Nebenräumen und den Tribünen überfüllt war. Über die Vorbereitung der Seier, die für zahlreiche Ortsgruppen, die ähnliche Seieren planen, als vorbildlich gelten kann, und über den Gang der Seier selbst werden wir in der nächsten „Ostland-Kultur“ einen besonderen Bericht veröffentlichen; im Mittelpunkt des eindrucksvollen Abends stand die Ansprache des Bundespräsidenten Dr. Rückert, der auf besonderen Wunsch der Direktoren beider hiesigen Verwaltungen Eiselsachs am nächsten Vormittag vor den Schülern und Schülerinnen der Oberklassen gleichfalls einen Vortrag über die Schicksale und die Bedeutung der Ostmark hielt.

Ostmärkische Heimatnachrichten.

Persönliches.

Redakteur Hugo Sommer 20 Jahre alt.

Am 21. November vollendete der frühere Redakteur und Redakteur Hugo Sommer, ehemals in Pösel, in Berlin-Friedrichs, Stubenrauchstraße 52, sein 20. Lebensjahr. Herr Sommer war zunächst jahrelang als Lehrer im Mittelstufensystem in Pösel tätig und genöß als Schumann das Vertrauen seiner Vorgesetzten und Ansehen in weitesten Kreisen. Schon während der Ausübung seines Lehrberufes war er reichlich auch schriftstellerisch tätig. Nach seiner Pensionierung widmete er sich ganz der Journalistik und war erst als Redakteur des „Pöselener Kultur- und Nachrichtenblattes“ und später als Redakteur der „Pöselener Zeitung“ tätig. Außer als Tageschriftsteller betätigte er sein großes Interesse für die alte Pöselner Heimat auch als Historiker. So liehete er beispielsweise für die Monatsblätter der Pöselner Historischen Gesellschaft folgende Beiträge: „Zum Schicksaligen Verbleiben der Pöselner Mittelstufen“, „Pösel als militärischer Standort in jüdrühnlicher

Zeit", „Das Roken- oder Chafjakerecht der Polener Judengemeinde“, „Die Müllerin singt zu Grüt“, „Das musikalische Leben in Polen zu Anfang des 19. Jahrhunderts“, ufm. Nach seiner Verdrängung aus Polen war er 1920/21 beim Deutschen Schulbund für die oberflächliche Abtötung tätig, wofür er den Schließlichen Adler zweiter Klasse erhielt. Seitdem gehörte er dem „Polizeipräsidium Berlin als Vektor für die polnische Sprache an. Wir vermissen auf seine „Erinnerungen an den letzten Aufenthalt in Polen“ in unserer Beilage „Ostland-Kultur“ (siehe die heutige Nummer). Sommer ist trotz seiner Jahre geistig und körperlich noch ungemein rege und rüstig. Seiner vielen Verdienste, die er sich um das Deutlichsein in Polen erworben hat, sei anlässlich seines 70. Geburtstages erhend und dankbar gedacht.

Professor Peter Wittig f.

Dieser Tage, einen Tag nach seinem 91. Geburtstag, ist in Berlin SW 59, Hofenheide 78, wo er im Ruhestand lebte, Gymnasialprofessor Dr. Peter Wittig gestorben. Mit ihm ist ein alter Bromberger, ein hochgeschätzter Schulmann, der in weiten Kreisen der Provinz Polen bekannt und geachtet war, dahingegangen. Er war jahrelangzeitig als Oberlehrer am Friedrich-Wilhelms-Gymnasium in Bromberg tätig und erfruchtete sich bei den vielen Schülern, die er unterrichtet hat, großer Beliebtheit. Wir haben Professor Wittig anlässlich seines 90. Geburtstages in Nr. 6 dieses Jahrgangs des „Ostlands“ einen längeren Artikel gewidmet und sein Bild gebracht und bei dieser Gelegenheit betont, daß viele Generationen von Schülern sich dankbar dessen erinnern, was sie an Wissen und Charakterbildung dem verdienstvollen Schulmann zu danken haben. Der Unterricht in Polen hat auch ihm aus seiner alten, ihm lieb gewordenen Ostheimat entzogen. Bis vor kurzem erfruchtete sich Professor Dr. Wittig trotz seiner hohen Jahre noch körperlicher Tätigkeit und geistiger Frische.

40jähriges Dienstjubiläum und 60. Geburtstag.

Der Kreisinspektor Karl Riesevalter in Magdeburg, Schlierenacherstr. 8, feierte in körperlicher und geistiger Frische am 5. November sein 40jähriges Dienstjubiläum und am 9. November seinen 60. Geburtstag. Seine Dienststelle, die Landfeuerleitstelle der Provinz Sachsen in Magdeburg, hat dem Jubilar zu seinem 40jährigen Dienstjubiläum erhabene Anerkennung durch Verleihung der fiberrauen Sozialisten-Dienstauszeichnung mit einer künstlerisch ausgestatteten Gedenktafel und einem barock gehaltenen Dankzettel des Herrn Generaldirektors zuteil werden lassen, in dem ihm für seine hingebende und gewissenhafte Amtsführung im Geiste eines altpreussischen Beamten, in der er sich nach jeder Richtung hin bemüht, Achtung und Wohlwollen erworben hat, herzlich gekantet. Herr Riesevalter ist am 9. November 1870 in Rumpsdorf, Kreis Pomerberg in Schlesien, geboren. Nach Ablegung einer vorwärtigen aktiven Militärdienstzeit wurde er am 1. April 1891 bei den Kreisinspektoren der Provinz Sachsen übernommen, 1920 aus Polen verdrängt, liebte er nach Magdeburg über, wo er von der Landfeuerleitstelle als Kreisinspektor übernommen wurde.

Vermählt: Fleischermeister Alfred Fröh mit Fr. Clara Hermann in Scheidebühl.

Silberne Hochzeit: Herr Polizeihauptwachmeister Julius Habermann und seine Ehefrau Minna, geb. Schiefer, in Osterleben (Hob), Braunschweig, Str. 1, früher Sina, am 23. 11.; Eisenbahnwaggonführer Eduard Mey und seine Ehefrau, geb. Pfeiffer, in Oebisfelde, Salzbedeler Str., früher Jarschins (Siebelng), am 21. 11.

Verheiratete Ostmärker: Konrektor Emil Eskes in Spandau am 28. 10. 70 J. Teske amtierte fast 40 Jahre lang im Kreise Pleschen, und war als Lehrer und Kantor in Sobotka, Oey, Polen, wo er im Nebenamt das Standesamt und die Renditorat der von ihm mit-

begründeten Deutschen Spar- und Darlehnskasse vermittelte; im Jahre 1920 kam er nach Spandau und hatte bis zur Errichtung der Alterscare — April 1926 — die Konrektorstelle in Spandau-Staaken inne; Privatort Emil Paulsen in Dresden-L., Uhlendorfer 22, am 17. 11. 70 J. (D) war über 40 Jahre bei der Chem. Fabrik „Mittig“ in Polen tätig, zuletzt viele Jahre als „Produktur“; Frau Paula Räder, früher in Strußhofen und Bromberg, am 21. 11. 70 J.; Frau Karoline Siefert in Charlottenburg, Schlegelstr. 23, 111, früher in Grutzhof, Kreis Schwet, Bpr., am 14. 11. 75 J. (Mitglied der Gruppe Berlin-West); der ehem. Fleischeroberrat Hugo Simon in er Hirschberg-Gunnersdorf i. Nbg., Friedr.ichstr. 6, früher in Oßla, am 19. 11. 70 J.; Ernst Schmarz in Friedeburg a. O., früher Buchhändler in Chota, am 4. 11. 90 J. (die fädelichen Verdienste von Friedeburg und der große Bekanntheitskreis aus allen Gebieten Deutschlands herbeizukünften von alten, geistig sehr regen Herrn, viele alte Ehrender Bürger gedachten in einer „Auffahrt des Tages“; demitete Baumeller Frau Anna Ka. a. a. Speerling, aus Punitz in Polen, jetzt bei ihrer Tochter Frau v. Oberpölkretär Paula Burg in Berlin-Rosenthal, Kronprinzenstr. 7, am 15. 11. 90 J.; Frau Hulda Simon, geb. Seelig, aus Rogalen, jetzt Berlin, Wilhelm-Stroße 2, am 16. 11. 70 J. (Gruppe Berlin-Ost); Karl Dr. a. a. in Sömmerberg i. Schl. 66 J. (D), war 30 Jahre in der Ostmark im Staatsdienst, zuletzt 17 Jahre bei der Reichsbank in Vilna i. D. tätig).

Verstorben: Frühere Bergbesichtigungsmitte Hermine Fugls, geb. Mühs, in Eschschönheim bei Frankfurt a. d. O. am 10. 11., 86 J.; Privatier Friedrich Gade in Frankfurt a. d. O. am 8. 11., 82 J.; Frau Rechnungsrat Cheresä Ebenau, geb. Hienrich, in Frankfurt a. d. O. am 9. 11., 78 J.; Frau Kate Friedrich in Frankfurt a. d. O. am 8. 11., 49 J.; Hermann Vandenau in Schwerdmühl am 6. 11.; Studentin E. B. Droschke, 28. 11.; Wilhelm Mielche, Major d. E. a. d., Ritter hoher Orden, Seebad Ahlbeck, 67 J.

Der 7. deutsche Ostmark.

Aus Polen.

Reichskom. Bezirksarchivinspektoreinmüller Hugo Bierthumski, der nach Aufhebung der Reichskommission hier nicht mehr hätte konnte, hat einen Nachfolger in Kreisburg i. Ostpr. erhalten. Die evangelische Gemeinde erwidert in ihm den Rendanten der Kirchenkasse und den Leiter des Kirchenschores, weshalb sie seinen Weggang sehr bedauert.

Aus der deutschen Ostmark.

Melerski. Am 10. November, früh, wurde an der Scheune des Besitzers Behr in Raudorf bei Gersdorfle Martha von Plotto und der Landwirtdochter Behr mit schweren Schußverletzungen am Kopf beunruhigend aufgefunden. Das Mädchen ist inzwischen im Krankenbette in Melerski gestorben, der junge Mann liegt hoffnungslos daneben. Er hat die Schüsse auf sich und das Mädchen abgegeben, weil die Eltern ihm nicht erlauben wollten, die Eheleute zu betreten.

Diese Nummer umschließt einschließlich der Beilage „Ostland-Kultur“ 16 Seiten.

Vernünftige Preispolitik: Es war von jeder des Verstorben der Maggi-Werkschleife, ihre Erzeugnisse zu möglichst niedrigen Preisen abzugeben; denn Maggis Erzeugnisse sind Konsumartikel und müssen deshalb preiswert sein. Dank der in den Maggi-Werken durchgeführten Rationalisierung konnten auch in der gegenwärtigen schweren Zeit trotz gleichbleibender erstklassiger Qualität die Vorkriegspreise nahezu beibehalten werden. Würde die Anpassung der ganzen Organisation wurde es ferner bis jetzt vermieden, Entlassungen vorzunehmen.

Landwirtschaft

(Wachstum) in Kleinstadt, Kreis Uebert, mit Wirtschliche und Bahu, 290 A., eigene Zoad, wegen Rendanten abzugeben. Zuverlässig u. Weizenboden. Erford. 15.000 M. Offerten unter 468 an das Ostland erbeten.

Landwirtschaft

in Dorf an Chaussee, Frau. Sachsen, 28 Mg. M. Weiden, teils. 11. Mg. Jord. 19000 M. Ans. überentw. altersb. sofort zu verkaufen. W. Buchmann sen., Wolzdorf a. Ostpr.

Leerer

Laden

mit Wohnung billig abzugeben, sehr billige Miete. Zu erfragen Paul Fiebig, Rationellgroßhandlung Berlin-Schöneberg, Zeitungsstr. 42.

Ein Landwirt, Jungeselle, engl. 35 Jahre, 170 A., 5000 M. Br., und luge solide Dame bis zum gleichen Alter, die „Anzeige zur. Verheiratung“ hat.

Zwecks Heirat fernenzulernen. Vermögen erwünscht, Einheirat angenehm. Zufr. m. Bild, welches sich zurückgelandt wird, unter 467 an das Ostland erbeten.

Für nur 13 Pfennig

2 Teller gute Suppe

müheles — nur durch kurze Kochen mit Wasser — aus



MAGGI'S
Suppen-Würfel

Weihnachtswunsch!

Beamtentochter (26 J.), evangl., faumt. tätig, wirtschaftlich erogen, nicht Bekanntheit eines neuen, soliden Herrn wünsch.

Heirat.

Lehrer oder Fortbeamteter bevorzugt. Ortsgemeinde Angeb. mit Bild unter 462 an das Ostland erbeten.

Gute Erziehung!

Großes malines

Grundstück

mit Hof u. Stallungen, in welchem jährlich ansehnliche Kohlen-, Holz- u. Strohgeschäft betrieben wurde, habe sehr preisw. ca. 25.000 M. Wert bei ca. 6.000 bis 8.000 Mark Anzahl, zu verkaufen. Ad. W. Puls, Waren-Würtz, Pulstrower Straße 30.

Für streblenden Land- und Gastwirt, Alter 40-45 J., angenehme Erscheinung, bietet sich Gelegenheit zur

Einheirat

in Land- und Gastwirtschaft, 30 Morgen. Bewerber nicht ausgeschlossen. Gef. Offert. unter 477 an das Ostland erbeten.

Ostmärker, 26 J., engl. H., Erpantnisse, wünscht

„Gemeinschaftlich“

mit gutem Charakter, Landwirtdochter mit etwas Vermögen zur Gründung gemeinsam. Erwerb bevorzugt. Offert. Bild unter 471 an das Ostland erbeten.

Pr. Klass.-Lotterie

Lose Z. Kl. Lülich Staatl. Lotterieverwaltung

Stettin, Augustastr. 8. (früher Hohenzstr.)

Am 1. November entschlief sanft nach kurzem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Groß- und Schwiegerpater, der Kgl. Hofmusikführer a. D.

Ernst Rosin

Wittver hoher Orden

im 80. Lebensjahre.

Namens der trauernden Hinterbliebenen

Ada Rosin, geb. Hoffmann.

Stuttgart, Rojarstr. 15.

Restaurant und Café

in Dranienburg (Zentrum), 17000 Einwohner, Sportrevue Berlin, direkt am Bahler, Dampf-Antriebsbahn, Kautzgarten, Schanzenraum, 2 Vereinszimmer, 5 Fremdenzimmer, eigene Wohnung, 14 Vereine, 2000 Tennen, viel Kaffee, Essen usw. Preis 13000 M., Reihenschuldloshaus. werden in Zahlung genommen.

Oranienbühlerei, Oranienburg,
Berliner Str. 58, Tel. 2172 (auch Sonntags 11-3)

Brauerei mit Restaurant und Seltersfabrik in sehr belebter Kreisstadt, tabell. maj. Gebäude, exzell. kompl. Einrichtung, gut. Gehalt, Preis 70000 M., Anz. 25000 bis 30000 M.

Hotel mit 16 Betten in lebhafter Provinzstadt, ausgeprägt Ertrags, Br. 55000 M., Anz. 15.000-20.000 M.

Restaurantsgrundstücke, Geschäftsbücher aller Branchen, Güter, Landwirtschäften in allen Größen sowie Objekte aller Arten auch für den Fernverkehr, vermittelt streng gewissenhaft.
Ludwig Lakomy, Glogau, Bernhöfstr. 5,
Ternitz 769.

Schuhmacherer

glänzendes Ertrags-
10 Jahre langjährig
ist altersfähig in besser
Lohn- u. nichtbevollstet
Gegend Berlins von
Schuhmacher zu verkaufen,
auch als Verladen zu
jedem andern Geschäft
geeignet, ohne Wohn-
ungstausch.

**Ronopack,
Berlin NO 35,
Grellitzstr. 14.**

400 Drucksachen

Briefbogen, Rechnung-
blätter, Koveris mit
Firmadr. Nr. 3, 753 Radn.

**Waldbruderei
F. Ludwig,
Berlin, Wolenthal 2,
Hauptstr. 150.**

400 Drucksachen

(Briefbogen, Rechnung,
Wolffarten, Koveris mit
Firma) 4 M. Nr.

**Stenbruderei,
Bernau 24/6, d. Berlin**

Günstig zu kaufen:

Restaurantsgrundst. ca. 2 Mg. groß; großes
Wohngebäude, 63 Zimmer,
Bathhofrestaurant m.
Konditorei in Groß-
Berlin. Ertragsfähig
Einnahme 25.000 bis
30.000 M. Sofort über-
nehmbar.

Zu erfragen bei
**W. Schüller,
W. Höhenrückenhaufen,
Berliner Straße 120.**

Kaufengüter

in Größe von 100-150 Morgen unter
Gewährung von Staatsrechten sofort
günstig abzugeben. Meldungen:

**Dipl. Landwirt Solz,
Stenberg-Grundst. N. 21.**

oder: **Deutsche Erde**

Siedlungs-Gesellschaft m. b. H.
Berlin NO 35

**Hofmann Str. 55.
Potsdam**

Landwirtschaft

220 Mg., größtenteils
Weizenboden, Licht,
Kraut, ohne leb. u. tot.
Anz. Preis 40.000 M.,
Anz. 10.000 M.

100 Mg., ban. 12 Mg.
33000, guter Mittelland-
boden, Licht, Kraut,
leb. wie tot. Anz. vor-
handen. Preisforberg,
31.000 M., Anz. 5000 bis
6000 M.

106 Mg., banen 24 Mg.
33000, Licht, Kraut,
Auenland vollkommen,
Preis: 26.000 M., Anz.
7.000-8.000 M., Land-
guthof, Saal,
Materialwaren, mit
35 Mg., Licht, Kraft,
Suecht, vollkommen.
Preis: 35.000 M., An-
zahl 10.000-12.000 M.

Heilmann, Steffin,
Remiarer Straße 5,
T. Thorer Niederung.

Gastwirtssohn

arbeitswillig u. absolut
echtlich, fr. Frau, Kolon,
der bereits selbständig
eine Gastwirtschaft ge-
führt hat und auch
Bürokenntnis besitzt,
sucht Stelle in
bei beliebigen An-
sprüchen. Angeb. unter
453 an das Diktand
erbeten.

Wir suchen Stellung für

1 Stellmacher,
52 J., verh., nimmt
Arbeit jeglicher Art.

1 **Mittsch.**, auch Haus-
diener oder Portier,
29 J., verh., nimmt
Arbeit jeglicher Art
in Berlin.

1 **kaufm. Angestellter**,
31 J., ledig, nimmt
Arbeit jeglicher Art,
Gegend gleich.

1 **Maschinenloster**,
34 J., verh., nimmt
Arbeit jeglicher Art,
Gegend gleich.

1 **Chauffeur**, 30 J.,
verh., Gegend gleich.

1 **Wädrer**, 47 J., verh.,
als Portier, Kallher,
u. dergl., Gegend gleich.

1 **Steuerberater**, 25 J.,
für Büro.

1 **Rechtst.**, Maurer, m.
52 J., f. Brov. Sachk.

1 **Mittsch.**, 35 J.,
53 J., nimmt Arbeit
jegl. Art, Gegend gleich.

1 **Kaufmann**, 39 J.,
nimmt Arbeit im Lager
u. dergl., Gegend gleich.

1 **Bauhilfer**, 22 J.,
ledig, nimmt Arbeit
jegl. Art, Gegend gleich.

1 **Jurist** (ehem. Reife-
rendant), 52 J., ledig,
nimmt jedwede pass.
Stellung. Gegend. gl.

1 **Dr. rer. pol.**
(jur.) 32 J., ledig, als
Vormittler, Volks-
rechtler oder Syndikus.

Stellenvermittlung des Deutschen Ökonomie v. B.
Stn.-Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 43, V.
Tel. C. 1 Steinf. 8031.

In großem Landort
(Siedlung)
**Kolonialwaren,
Feinkost, Gemischt-
waren-Geschäft**
für Stadt Pom. zu ver-
kaufen, Warenlager ca.
3000 M., Wohnung frei.
Offerten unter 463 an
das Diktand erbeten.

Bad Landeck

Schlesien, komfortable

3 u. 4-Zimmer

Wohnung
mit Nebengebäude zu ver-
mieten. Mitzugien an
Herrn Amtmann Zsch.
Gutgebendes

Zigarrengeschäft

in Berlin mit Wohnung
fortzugs halber sofort zu
verkaufen. Zeigte Miete
56 M.

**Müller, Berlin N 65,
Antwerpener Str. 46.**

Verkaufe sofort mein

Grundstück

Stellmaderi m. Land-
wirtsch. m. Gebäude,
Lohn am Grundstück,
3000 M., u. große Holz-
portale. Kaufpreis
13.500 M., Anz. 6500 M.
Angebote unter 470 an
das Diktand erbeten.

Einladung zur außerordentlichen

Generalversammlung

am Freitag, den 28. November 1930
abends 7 Uhr im Saal 3,
Kriegervereinsbaus, Chausseestraße 94.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zu den Berichten der Prüfungs-
kommission.
2. Neuaufhebung des Vorstandes.
3. Bekanntgabe der Geschäftsordnung für Auf-
sichtsrat und Vorstand.
4. Beschließendes.

Der Aufsichtsrat der Baugenossenschaft
vertriebener Offiziere e. B. m. d. B.

Schulz, Riffa.

Öffentlich! Provisionsfrei

Ausnahme-Angebote!

Wohn- u. Geschäftsrundstück
in best. Stadt Pom. 20.000

Auto- u. Reparatur- u. Werkhätt m.
Anhaltungs-geschäft (Gas u.
Wasser) i. bebaut. Stadt Pom. 20.000

Doppelwohnhaus u. Geschäfts-
u. Lagerräumen sowie Lebens-
mittelgroßhandlung u. Kaffee-
rösterei i. meistl. Industrie-
gebiet . . . nach Vereinb.

Holz- u. Kohlen-geschäft i. Frank-
furt a. D. Preis: 11.000

Wohngrundstück i. beoortigter
Gegend von Wiesbaden . . . 24.000

Wohn- u. Geschäfts-Gebäude i.
Schwarzwald- b. Straburg i. B. 15.000

Wirtschaftsrats-geschäft in
Kreisstadt der Mark, etwa
50 km von Berlin . . . 40.000

Wassermühlen- Grundstück mit
Wohnhaus u. Wirtschafts-
gebäude mit etwa 16 PS
Wasserkraft b. Darmstadt . . 15.000

Landhaus m. Pension u. Hüh-
nerzucht i. Kurort b. Karls-
ruhe 5.000

Pensionshaus i. Schwarzwald-
kurort b. Karlsruhe 10.000

Herrn- u. Damenbad i. m.
Werkhätt u. Fabrikation i.
Königsberg/Pr. Preis: 21.000

Schmelzwerkfabrik m. Wohnhaus
u. Gastwirtschaft i. Mittel-
frank. 45.000

Bürogrundstück m. herrl. Park-
u. Gartenanlagen i. Starnberg
a. See 38.000

Seifen- u. Parfümerieunter-
nehmen i. lebh. Industrie-
b. Pror. Sachsen Preis: 20.000

Molkereigeb. nahe Stralund 5-6.000

Sägewerk u. Zimmerei i.
Schweiz i. mittl. Industrie-
ort b. Zürich Preis: 84.000

Wohn- u. Geschäftshaus i. einer
Hendelsstadt Pom. 6-8.000

Wohngrundstück m. herrl. Park-
u. Gartenanlagen i. d. Nähe
v. Magdeburg . . . nach Vereinb.
e. v. l. v. d. l. v. d. l. v. d. l.

Wohn- u. Geschäftshaus 6.000

Wie viele Hundert weitere Exzellenz-
geschäfte, auch mit Grundstücken, Land-
wirtschäften, Gärten, Geflügelzucht
usw. in allen Genden Deutschlands.

Verlangen Sie k l e n l s
unser Vertriebenes Prospekt
mit ausführlicher Beschreibung.

KOCH & Co., Berlin W10
Fehnelnstr. 16. Tel. Lügen 5833.

Mitglieder!

Bediene Euch nach Möglichkeit Eurer Organisation und ihrer Einrichtungen.

1. Geschädigtenhilfe

Diese Abteilung hilft den Mitgliedern bei der Verwertung ihrer Schuldbuchforderungen und bei allen damit zusammenhängenden Angelegenheiten.

2. Versicherungsstelle

des Deutschen Ostbundes. Sie vermittelt alle Versicherungen zu günstigen Bedingungen.

Deutscher Ostbund e. V.
Berlin-Charlottenburg 2,
Hardenbergstr. 43. Tel. Steinkl. 8031.

In unserem Haus Ostland-Beisbau am Spreewald, unweit Cottbus, beginnt bei genügender Beteiligung

am 3. Januar 1931

ein 3 monatlicher

hauswirtschaftlicher Lehrkurs für Siedler- und Bauerntöchter.

Der Unterricht wird unter Leitung einer staatl. geprüften Haushaltungslehrerin erteilt.

Der Preis pro Monat einfl. Lehrgeldes beträgt 65.— M. monatlich. Ausführliche Prospekte werden auf Wunsch zugewandt.

Anfragen sind zu richten an den

Deutschen Ostbund e. V.
Berlin-Charlottenburg 2,
Hardenbergstraße 43.

Verwertung von

Entschädigungs- und Schuldbuchforderung.

Beratung, Vorschüsse, Beleihung

Kauf zu höchsten Kursen
und schnellstens durch

Ostmärker-Aufbau G.m.b.H.

sieht: Berlin W 9, Potsdamer Str. 22 B, II
Telephon: B 31 Rurfürk 2775.

Optiker Stephan

Berlin SO, Schlesische Straße 39-40
Telephon: Oberbaum 4273

Kostenlose Augenuntersuchung
Fachmännische Bedienung

Reparaturen
sofort

Elg. Werkstatt
im Hause

Lieferant für Krankenkassen
Mitglied der Ortsgruppe Berlin-Ost

Ditländer!

Unterstützt die Heimat!

Beste Euren Bedarf an Zerkbutter, jedem Morgen frisch, an Eistter Käse, vollfett u. halbfett, an Landbutter, im Preise billiger, in Packungen unter Nachnahme frei Haus von der Dampfmlolerei Engelstein, Krs. Angerburg (Dipr.).

Polnische Hypotheken

Forderungen, Wertpapiere, Grundstücke in Polen lauft für das

Hypotheken- und Handelshaus
Edmund Suwalski,
Bydgoszcz (Polen)

Emil Vollenberg,
Bin.-Charlottenburg,
Mommienstraße 48,
Tel. Bismard 4663.

Renten-Siedlungs-Stellen

von ca. 35—100 Mg. in der fruchtbaren und heißen Gegend der Ufermark, n. neuen u. ausgebauten Gebäuden, ganz prima Boden mit u. ohne Inventar sowie sehr reichlicher Entreesstattung sind noch mit 5000—10000 M. Anzahl. sofort abzugeben. Schule und Kirche im Ort. 5% Rentenverzinsung einfl. Amortisation. Keine Kotsatz- und Gerichtsosten sowie ganderunterstützung frei.

Rittergut

ca. 1000 Mg., gute Gebäude u. Acker, Brennerei-Anteil, in der Nähe einer Kreisstadt der Neumark, infolge Übernahme des väterlichen Gutes wegen Unfalls, sehr billig bei 30000 M. Anzahl zu verkaufen.

Landgasthof mit Saal

in einem großen Gut- und Bauernhof in der Neumark und in der Nähe einer Kreisstadt, ohne jede Konkurrenz, 25 Mg. prima Acker u. 36 Mg. Waidland sowie Zilcherei, Jagd, mit einer Anzahlung von 15 000 M.

Stellmacherei

in einem großen Bauernhof der Ufermark, einzig und allein ohne jede Konkurrenz, soll mit Einrichtung für den sehr billigen Preis von 9000 M. u. Anzahl von 5000 M. durch Krankheit des bisherigen Inhabers, sofort verkauft werden.

**Immobilien-An- und Verkaufsgesellschaft
Stettin, Turnerstr. 95. Fernruf 227 05.**

Ostmärker!

Wenn ihr bauen, kaufen oder Hypotheken ablösen wollt, wendet euch an eine Bauparität des Ostmärker!

**Die Allgemeine Bau-Sparkasse
Friedeberg N.-M.,
e. G. m. b. H.**

gemäßigt bei einem Verwaltungskostenjahr von 2% allen ihren Mitgliedern zinslos und unföndbare Darlehen mit einer Rückzahlungsfrist von 16 1/2 Jahren.

Repräsentable Vertreter, die Referenzen nachweisen können, gesucht.

Krankeithalber verkaufe mein

Eisenkühner-, Haus- und Küchengeräteegehoff

3 große Schaulenker, Laden 225 qm, Keller 125 qm, 28 Jahre in einer Hand. Benötigtes Kapital circa 20000 Mark. Walter Schulz, Oranienburg bei Berlin, Berliner Straße 70.

Im Rentenguts-Verfahren haben wir in Brandenburg, Schlefien und Westpreußen noch einige

Bauern- Wirtschaften

in Größe von 40—80 Mg. und auch kleinere Stellen frei. Außerdem werden bereits jetzt Voranmeldungen auf zahlreiche weitere Siedlerstellen, welche 1931 mit Ernte und Inventar übergeben werden, entgegengenommen. Bei Eigeninventar nur geringe Anzahlung. Langfristige niedrige Kesthypotheken, meist 1 Jretjahr.

Auskunft kostenlos durch die
Deutsche Anstiedlungsbank
Berlin-Halenlee,
Geleener Straße 30.

Möbeltransporte



in Berlin und nach anherhalb per Bahn und Automobelnwagen. Wohnungstausch, Lagerung.

Berlin W 30, Nollendorfplatz 7, Sammeln.: B 7, Pallas 6796

Dringende Bitte!

Ostmärker, ledig, gut. Zeugn., such Stellung als Kusther-Schauffeur. Aussage u. Chauffeur. Station vorhanden. Angebote unter 481 an das Ostland erbeten.

Preuß. Staats-Lotterie

Lose 2. Kl. Ziehung: am 21. u. 22. Nov.

Zu haben bei **Staatl. Lotterie-Einnehmer
Stowinna, Berlin W 35,**
Potsdamer Str. 116a,
Ecke Lützowstraße.

Früher in Kottowitz, O.S. Tel. Lützow 3968.